

SEDUTA DEL CONSIGLIO REGIONALE N. 4 DEL 9 MARZO 1999  
SITZUNG DES REGIONALRATES Nr. 4 VOM 9. MÄRZ 1999

---

Ore 10.08

**Vorsitz Vizepräsident Hosp**  
**Presidenza del Vicepresidente Hosp**

**PRÄSIDENT:** Ich bitte die Damen und Herren Abgeordneten ihre Plätze einzunehmen, um mit der heutigen Sitzung beginnen zu können. Ich ersuche um den Namensaufruf.

MINNITI: *(segretario): (fa l'appello nominale)*  
*(Sekretär): (ruft die Namen auf)*

**PRÄSIDENT:** Danke. Hiermit erkläre die heutige Sitzung als eröffnet. Entschuldigt für die heutige Sitzung hat sich der Präsident des Regionalrates, Herr Abgeordneter Dellai, und ferner haben sich entschuldigt die Abgeordneten Di Puppo und Santini. Ich bitte nun um die Verlesung des Protokolls der vergangenen Sitzung.

CHIODI: *(segretaria): (legge il processo verbale)*  
*(Sekretärin): (verliest das Protokoll)*

**PRÄSIDENT:** Danke. Gibt es Einwände zum Protokoll? Wenn nicht, dann gehen wir dazu über, die heutige Tagesordnung zu behandeln. Wir beginnen mit dem Tagesordnungspunkt 01: **Rücktritt des Präsidenten des Regionalrates und nachfolgende Maßnahmen.**

Mit Schreiben vom 02. März 1999 hat der Präsident des Regionalrates Lorenzo Dellai seinen Rücktritt eingereicht. Ich darf es verlesen:

Mit diesem Schreiben reiche ich meinen Rücktritt als Präsident des Regionalrates ein.

Dieser Rücktritt ist notwendig, da mir das Amt nur vorübergehend übertragen und ausdrücklich erklärt worden ist, daß die Ernennung an die für die Bildung der politischen Mehrheit für den Regionalausschuß notwendige Zeit gekoppelt ist. Genannte Mehrheit ist gebildet worden und wird sich in der Sitzung vom 5. März dem Regionalrat stellen.

Hinzu kommt, daß ich vor einigen Tagen mit dem Amt des Landeshauptmannes der Provinz Trient betraut worden bin.

Ich erachte es deshalb aus diesen Gründen als meine Pflicht, es dem Regionalrat zu ermöglichen, die Wahl eines definitiven Präsidenten vorzunehmen.

Es war für mich eine Ehre, daß ich das Amt des Präsidenten des Regionalrates bekleiden durfte - wenngleich auch nur für eine kurze Zeit -, und ich möchte bei dieser Gelegenheit dem Regionalrat, der mir diese Verantwortung übertragen hatte, meine Achtung und Wertschätzung ausdrücken.

Dem neuen Präsidenten, den der Regionalrat wählen wird, wünsche ich im Interesse der Institution und eines konstruktiven Meinungs austausches unter den Parteien eine fruchtbringende Arbeit.

- Lorenzo Dellai -

Über die Annahme oder Ablehnung des Rücktrittes von Lorenzo Dellai als Präsident des Regionalrats wird mit „Ja“ oder mit „Nein“ abgestimmt, d.h. wer für die Annahme des Rücktrittes ist, stimmt bei der anschließenden geheimen Wahl mit „Ja“ und wer dagegen ist mit „Nein“. Gibt es dazu Wortmeldungen? Wenn es dazu keine Wortmeldungen gibt dann bitte ich um die Verteilung der Stimmzettel.

*(segue votazione a scrutinio segreto)*

**PRÄSIDENT:** Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

Abstimmende:	63
Ja-Stimmen:	46
Nein-Stimmen:	8
weiße Stimmzettel:	9

Damit hat der Regionalrat den Rücktritt angenommen. Nach der Annahme des Rücktritts muß nun die Wahl des Präsidenten dieses Parlamentes vorgenommen werden. Ich darf die entsprechenden Artikel 6 und 7 des Regionalgesetzes vom 20. August 1952 verlesen:

#### Artikel 6

1) Der Regionalrat wählt sodann aus seiner Mitte den Präsidenten, den Vizepräsidenten und die drei Sekretäre.

2) Der Präsident und der Vizepräsident bleiben 30 Monate im Amt.

3) In den ersten 30 Monaten der Tätigkeit des Regionalrates wird der Präsident aus den Ratsmitglieder der italienischen Sprachgruppe und der Vizepräsident aus den Ratsmitgliedern der deutschen Sprachgruppe gewählt. Für den darauffolgenden Zeitraum wird der Präsident aus den Ratsmitgliedern der letztgenannten Gruppe und der Vizepräsident aus jenen der ersten Gruppe gewählt.

4) Bei Rücktritt, Ableben oder sonstigem Ausscheiden des Präsidenten oder Vizepräsidenten wählt der Regionalrat den neuen Präsidenten aus jener Sprachgruppe, welcher der bisherige Präsident oder Vizepräsident angehörte. Die Ernennung muß in der ersten darauffolgenden Sitzung stattfinden und gilt bis zum Ablauf der laufenden 30 Monate.

5) Das gleiche Verfahren wird angewendet, wenn der Regionalrat wenigstens 6 Monate vor Ablauf der Fünfjahresperiode aufgelöst wird.

6) Der Vizepräsident unterstützt den Präsidenten und vertritt ihn im Falle der Abwesenheit oder Verhinderung.

#### Artikel 7

1) Zur Gültigkeit der Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten des Regionalrates ist die Anwesenheit von wenigstens 2/3 der amtierenden Ratsmitglieder erforderlich.

2) Die Wahl erfolgt in geheimer Abstimmung und mit unbedingter Stimmenmehrheit, wobei auch die leeren Stimmzettel zu den abstimmenden gezählt werden.

3) Wenn nach zwei Wahlgängen kein Anwärter die unbedingte Stimmenmehrheit erhalten hat, so wird eine Stichwahl unter den zwei Anwärtern vorgenommen, die bei der 2. Abstimmungen die höchsten Stimmenanzahl erreicht haben und als gewählt geht jener hervor, welcher die einfache Stimmenmehrheit erhalten hat. Bei Stimmgleichheit hat der Ältere den Vorrang.

4) Der vorläufige Präsident der Versammlung verkündet den Gewählten, welcher sofort den Vorsitz des Rates übernimmt.

Ich darf noch einmal zusammenfassend darauf hinweisen, daß an der Wahl des Präsidenten des Regionalrates mindestens 2/3 der amtierenden Ratsmitglieder teilnehmen müssen. Die Wahl erfolgt in geheimer Abstimmung und mit unbedingter Stimmenmehrheit. Nun bitte ich um Vorschläge für das Amt des Präsidenten des Regionalrates und ich weise darauf hin, daß die Fraktionssprecher übereingekommen sind, daß sich jeder Abgeordnete zweimal zu Wort melden kann, aber auch bei zweimaliger Wortmeldung insgesamt nur für 15 Minuten Zeit für seine Vorschläge, Einwände und Wortmeldung konsumieren kann. Ich bitte um Wortmeldungen? Der Abgeordnete Benedetti hat das Wort. Bitte.

**BENEDETTI:** Grazie Presidente. Onorevoli colleghi, propongo a quest'aula, per la Presidenza del Consiglio regionale, il collega Mauro Leveghi e lo faccio con la convinzione che la sua correttezza politica e la sua esperienza dimostrata in questi anni possa essere di buon auspicio e rappresentare sicuramente una candidatura suffragata da tutta l'aula. Vi ringrazio.

**PRÄSIDENT:** Weitere Wortmeldungen? Wenn keine weiteren Wortmeldungen mehr sind, dann gehen wir zur Abstimmung über, und ich bitte um die Verteilung der Stimmzettel. Der Vorschlag für den Präsidenten des Regionalrates lautet auf den Kollegen Levegghi. Auf den Stimmzettel ist auf jeden Fall ein Name anzugeben.

*(segue votazione a scrutinio segreto)*

**PRÄSIDENT:** Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

Abstimmende:	63
erforderliche Mehrheit:	32
Stimmen haben erhalten:	
Andreotti:	1
Boso:	3
Divina:	1
Levegghi:	40
Taverna:	1
weiße Stimmzettel:	15
nichtige Stimmzettel:	2

Ich darf dem neugewählten Präsidenten, Kollegen Levegghi, herzlich zu seiner Wahl zum Präsidenten des Regionalrates gratulieren und ihm für seine Tätigkeit sehr viel Geschick, Engagement und Einsatzfreude wünschen, und gleichzeitig bitte ich ihn, jetzt hier den Platz des Präsidenten einzunehmen.

*(applausi)*

### **Assume la Presidenza il Presidente Levegghi Präsident Levegghi übernimmt den Vorsitz**

**PRESIDENTE:** Signori consiglieri, nell'assumere la guida dell'assemblea legislativa della regione Trentino-Alto Adige, desidero in primo luogo ringraziare quanti hanno ritenuto di darmi fiducia, ma assicurare anche a quanti non mi hanno votato che ispirerò la mia condotta alla massima imparzialità, a tutela dei diritti di tutti i consiglieri, valorizzando la loro funzione di controllo, che oltre alla produzione legislativa costituisce prerogativa fondamentale del Consiglio regionale.

La dodicesima legislatura si apre in una fase istituzionale caratterizzata da fattori di incertezza, che rendono per molti versi difficile, ancorché esaltante il cammino verso nuovi, necessari assetti istituzionali dell'autonomia regionale e provinciale.

Quello delle riforme è un capitolo che non è, né può essere patrimonio esclusivo della maggioranza, ma ha bisogno dell'apporto di idee, di proposte, del

consenso della pluralità delle forze politiche, delle rappresentanze consiliari, poiché affronterà le nuove regole, i nuovi rapporti tra i soggetti interpreti dell'autonomia del Trentino-Alto Adige.

Dobbiamo avvertire tutti, lo dico in primo luogo a me stesso, la grande responsabilità che ricade su questa assemblea nel dare risposte positive e tempestive agli interrogati, alle richieste, certo anche rilievi critici che i cittadini del Trentino e dell'Alto Adige esprimono.

Un organo di garanzia come quello della Presidenza del Consiglio regionale è e deve essere sopra le parti nel modo più rigoroso ed il compito risulta ancor più difficile dal momento che nel gioco democratico questo organo spetta di fatto ad una delle due parti contrapposte, solitamente alla maggioranza.

Bene, credo che proprio perché maggiore è la difficoltà, maggiore deve essere l'impegno e maggiore l'attenzione di tutti, affinché le istituzioni siano per il cittadino esempio di serietà e di imparzialità.

Noi abbiamo uno status particolare nel panorama politico italiano e la regione questo status è uno dei tre elementi, insieme alle due province, importante ed insostituibile. E proprio per rinforzare questa presenza essa va rivisitata e resa più attuale, più funzionale, più attiva.

La regione Trentino-Alto Adige, la cui convivenza pacifica e collaborazione fattiva e proficua deve diventare l'obiettivo principale, non può permettersi di diventare un semplice monumento alla storia. Buon lavoro.

Passiamo alla trattazione del punto 02) dell'ordine del giorno:  
**Dimissioni del Vicepresidente del Consiglio regionale e provvedimenti conseguenti.**

In data 2 marzo u.s., il Dr. Bruno Hosp, Vicepresidente del Consiglio regionale ha inviato questa lettera: "Con la presente sono a rassegnare le dimissioni dalla carica di Vicepresidente del Consiglio regionale. Tali dimissioni sono da ricondurre al fatto che recentemente sono stato investito delle funzioni di membro della Giunta provinciale di Bolzano, assessore provinciale, motivo per cui intendo dimettermi dalla carica di Vicepresidente del Consiglio regionale.

Distinti saluti."

Come è già stato detto prima l'accettazione delle dimissioni avviene votando sulla scheda sì o no nel caso di non accettazione.

Ci sono interventi sulle dimissioni? In assenza di interventi, prego procedere alla distribuzione delle schede.

*(segue votazione a scrutinio segreto)*

**PRESIDENTE:** Devo comunicare all'aula la necessità di ripetere la votazione, poiché a fronte di 61 votanti, le schede nell'urna sono risultate 60, quindi è necessario ripetere la votazione.

Prego i commessi di ridistribuire le schede.

*(segue votazione a scrutinio segreto)*

**PRESIDENTE:** Comunico l'esito della votazione:

Votanti	63
schede favorevoli	40
schede contrarie	5
schede bianche	15
schede nulle	3

Il Consiglio accetta le dimissioni del Vicepresidente Hosp.

Occorre ora provvedere all'elezione del Vicepresidente del Consiglio regionale. In merito a questa elezione valgono le stesse regole che sono state lette prima per l'elezione del Presidente.

Ci sono candidature? La parola al cons. Atz.

**ATZ:** Herr Präsident, die SVP schlägt Dr. Siegfried Messner vor.

**PRESIDENTE:** Grazie. E' stata avanzata la candidatura del collega Messner. Ci sono altre candidature? Nessuna.

Passiamo alla votazione. Ricordo che va indicato il nominativo che è stato proposto, per chi desidera votare, non sono stati proposti altri nominativi.

Prego distribuire le schede per la votazione.

*(segue votazione a scrutinio segreto)*

**PRESIDENTE:** Comunico il risultato della votazione:

Votanti	64
maggioranza richiesta	33
Messner	voti 43
schede bianche	18
schede nulle	3

Dichiaro eletto Vicepresidente del Consiglio regionale il collega Messner e lo invito a prendere posto.

*(applausi)*

**PRESIDENTE:** Esaurito l'ordine del giorno suppletivo, riprendiamo con la trattazione del punto 1) dell'ordine del giorno: **Elezione del Presidente della Giunta regionale.**

La volta scorsa sono state lette le dichiarazioni programmatiche, adesso si apre il dibattito, al quale hanno diritto di partecipare tutti i consiglieri per un tempo massimo di 30 minuti.

Qualcuno chiede di intervenire? La parola al collega Boso.

**BOSO:** Signor Presidente, colleghi, un buon giorno a tutti voi. Noi ci troviamo a dover decidere la fine dell'autonomia della provincia di Trento, un'autonomia che ci è stata data giustamente da come i colleghi dello SVP hanno sempre dichiarato per il loro grande lavoro.

Facilmente questi colleghi hanno trovato facilità, hanno trovato forza nella nascita di un movimento, che non è certo un partito, quello della Margherita. Abbiamo visto tantissime dichiarazioni sui giornali, alla televisione, come si dovrà operare questo taglio definitivo per la regione Trentino-Alto Adige.

Avevo ascoltato con attenzione le dichiarazioni della collega Cogo e la collega aveva fatto dei passaggi storici, forse non suoi, forse da chi le aveva preparato l'intervento, però si era dimenticata Presidente designata, cons. Cogo, di un passaggio delle entità che erano state riconosciute al Trentino da parte dell'Impero austro-ungarico. Fino a poco tempo fa avevo il nonno e la nonna che parlavano del loro Imperatore e della loro Imperatrice, non avevano mai parlato del loro Re d'Italia.

Questi imperatori, così altamente democratici, avevano permesso al popolo trentino di instaurare una statua sui giardini di Trento, già nel vicino 1898 a Dante Alighieri. Allora se dobbiamo cercare di capire ciò che erano i governanti prima e quelli che oggi stanno diventando i padroni poi, nascondendosi dietro lo pseudonimo di democratici di sinistra, democratico-cristiani, allora sono andato a leggere sul vocabolario "Zingarelli" che cosa vuol dire 'governare democraticamente', significa governare con consenso di voto, tutti governiamo democraticamente, in quanto tutti siamo presenti in quest'aula per consenso di voto.

Allora se il consenso di voto deve diventare non più presentarsi con un proprio simbolo al popolo, a quel popolo sovrano, che dovrebbe legittimare la presenza dei partiti all'interno sia delle aule consiliari, sia delle aule parlamentari, perché anche la Costituzione nell'art. 49 richiama che i cittadini si possono associare in partiti, le associazioni dovrebbero diventare di supporto ai partiti politici. In Trentino la Margherita si è presentata come un'associazione per annullare il fatto dei partiti.

Questo è il discorso di chi parla, in nome e per conto di una costituzione, in nome e per conto di un atto di democrazia.

Riconosco agli amici dello SVP, agli amici dell'Union, agli amici che parlano di autodeterminazione del popolo e la Cogo - facilmente quel passaggio sarà stato scritto dall'amico Atz, di sicuro - che diceva di dare l'autodeterminazione all'Alto Adige, giustamente perché anche i trattati internazionali dell'ONU, all'art. 7, comma 3 parlano di diritto di autodeterminazione.

Allora, di fronte a questo, noi uomini della Lega, noi soldati di Pontida, che abbiamo cercato di parlare di autodeterminazione dei popoli, la Magistratura, con riferimento al governo di sinistra, oggi in rappresentanza di Massimo D'Alema e ieri in riferimento al somarello di Prodi, siamo stati incriminati, rinviati a giudizio e qualche volta messi anche in galera.

Allora la collega Cogo o batte male il cerchio o il tamburo ha suonato non per voce sua. Come può una rappresentante alla Presidenza della Regione, in riferimento alla volontà di Boato all'interno della Bicamerale, poter parlare di autodeterminazione per l'Alto Adige ed inquisire e incriminare per attentati alla costituzione gli uomini della Lega Nord, il movimento della Lega Nord ed il suo segretario per attentato alla Costituzione e all'Unità d'Italia.

Allora veramente si deve cercare il difetto nelle espressioni, l'infamia che è ipocrisia nelle dichiarazioni, nel comportamento, che soltanto l'entità del mercato di questa regione e giustamente l'amico Atz è stato molto chiaro e determinato, voi avrete la Presidenza della regione se a noi darete definitivamente il mediocredito e l'autostrada. Il mediocredito vuol dire il risparmio del popolo trentino, il risparmio della comunità del Trentino-Alto Adige, si parla in nome e per conto del popolo sovrano, se ne cancella le sue entità ed i suoi diritti, soltanto che per un mero atto di bottega, giocata molto bene dall'amico Atz, perché si sa quanto sia caparbio e deciso politicamente per la sua comunità dell'Alto Adige, non tanto oggi c'è forza di difesa da parte di chi rappresenta la comunità del Trentino.

Qui mi rivolgo al partito autonomista locale, al FAR, a chi si riempie di autonomia di questo grande vocabolo che si chiama autonomia, che non viene più gestita nell'interesse del popolo trentino, ma viene gestita esclusivamente nell'essere delle forze politiche, più o meno mimetizzate da Lista Civica o altre realtà amministrative.

Allora il maggioritario che si vuole fare, la bottega del mercato, serve esclusivamente per fare l'ammucchiata, forse raggiungere un consenso di voto per comandare un territorio e non per governarlo, non meno consensi e più potere, allora si sia chiari che si sta svendendo la regione Trentino Alto Adige, non richiamandosi a passaggi storici di persone illuminate, di fatti politici, di atti di coscienza, ma soltanto Atz ha detto: 'voi diventate Presidente della regione ed a me date ciò che ho sempre chiesto in questo periodo.'

Abbiamo visto, anche lei Presidente della regione, che ha detto: ringrazio il voto di fiducia che mi è stato dato da quest'aula, guardi che lei si è sbagliato, è stato un voto di ammucchiata, di accordo, perché altrimenti saltava la

Giunta del 'Magnifico Lorenzo'. Adesso avete un'altra mina, quella a cui lei aveva ambito prima, la poltrona della Presidenza del Consiglio provinciale di Trento, allora vede che, come giustamente era stato presentato, come l'uomo che poteva presentare tutti in provincia, quando c'è stata una scelta definitiva, lei è diventato l'uomo che doveva andare bene a tutti quanti in regione.

Guardi che non ce l'ho con lei, ma con il sistema del consociativismo, quello che voi avete aberrato nelle vostre dichiarazioni o per mano della penna di alcuni direttori di quotidiani del Trentino, si aberra il consociativismo e qui siete diventati i più beceri consociativisti, collegati ad un'infamia della menzogna, perché solo la menzogna è infamia, che è quella di una proposta elettorale maggioritaria.

Allora in quest'aula si può sentire di tutto e di più come la RAI, si può sentire di tutto e di più come i supermercati, però quello che non si può sentire e si dovrà ascoltarlo, i soggetti preposti alla gestione della regione e della provincia, che parleranno in nome e per conto di qualche cosa che loro non credono.

Dopo vorrò sentire le dichiarazioni degli amici del PATT cosa diranno sulla proposta del Presidente designato Cogo, perché dovremmo veramente capire a che gioco si sta operando questa scacchiera del suicidio; allora noi vediamo che a Roma i Verdi stanno facendo delle proposte di mutamento genetico della regione del Trentino-Alto Adige ed in Trentino-Alto Adige dove il diritto primario c'è per atto riconosciuto dalla Costituzione, viene cancellato in nome e per conto degli interessi di popolo.

Allora se noi ci troviamo a dover discutere, a poter immaginare un cambiamento, diciamo pure e diciamo subito che il Presidente designato Cogo sta facendo un'operazione di incostituzionalità nel suo atto programmatico, in quanto parla di diritto alla secessione per l'Alto Adige.

Guardate che sono il primo che dà diritto all'autodeterminazione dei popoli, però non posso di conseguenza trovarmi incriminato per la richiesta di ciò che la Presidente della regione designato ha fatto per l'Alto Adige, perché allora io che parlo di Padania, io che parlo di un programma mitteleuropeo per poter salvaguardare l'identità dei popoli, mi trovo domani a dover combattere e non dare il mio voto di fiducia alla Cogo, perché da una parte lei cerca di dichiarare ciò che serve agli amici dello SVP e dall'altra parte i suoi amici, e abbiamo visto che uno dei magistrati massimi si candida all'interno del suo partito per le elezioni europee, allora di fronte a questo vuol dire che al cittadino non è riconosciuto il diritto ad una giusta giustizia, vuol dire che la Magistratura in Italia ha fatto degli atti di terrorismo nei confronti della libera scelta di un partito politico che rappresenta un'entità territoriale, in base a ciò che la stessa Costituzione italiana dà i diritti alle regioni e la stessa Italia ha siglato nel 1992, per mano del Presidente della Repubblica Oskar Luigi Scalfaro, i diritti dell'autodeterminazione dei popoli, riconosciuti dall'ONU.

Qui veramente siamo di fronte al gioco delle marionette, qui si parla solo per poter riempire le pagine dei quotidiani, secondo la volontà dei direttori di

queste testate e secondo gli interessi di chi sta perdendo consenso elettorale sul territorio.

Di fronte a tutto questo, dobbiamo prendere atto che chi sta chiedendo e chi si sta muovendo per poter difendere l'autonomia, che non va intesa come privilegio o una bramosia dei partiti, ma come diritto sovrano del cittadino residente in una determinata regione.

A proposito di questo sistema maggioritario, da questo sistema uninominale, da questa politica mondialista, da questa politica che deve guardare oltre i partiti, è cosa di questi giorni a Trento, voi vi state muovendo, state dando i grossi diritti agli extracomunitari, state difendendo una criminalità galoppante, state difendendo un'invasione sistematica; siamo al punto che un cittadino di Trento non può spostare la residenza del proprio padre per avere un diritto alla sanità o all'assistenza a favore di una persona non autosufficiente. Per cui questa sarà un'altra parte che dovremo discutere sulla proposta di fondi per le nuove povertà.

Voi volete l'entità multirazziale, voi volete di fatto cancellare le radici che tengono uniti i popoli, che tengono uniti le culture e le tradizioni locali. Certo che quando una persona si trova ad essere estranea in casa propria, quando una persona non ha più riferimento a quelle che sono le proprie tradizioni, vuol dire che questa persona deve essere annullata di fatto sia all'interno delle istituzioni, sia all'interno della comunità.

Allora dobbiamo poter capire cosa succede in quest'aula e mi dispiace che oggi non sia presente il principe-vescovo che aveva chiesto un minuto di silenzio per le vittime del Cermis, certo che ci sono molte persone che stanno facendo dei teatri o cercando dei consensi a chi più piange le vittime, però proprio voi filoamericanisti, voi che scrivevate amerikani con la k, oggi ne siete diventati i fautori di questa politica coloniale, in Italia ed in Europa, perché prima del Cermis c'era stata un'altra tragedia ed era quella di Ustica, forse voi siete stati lontani o forse è di comodo dimenticare quella che è stata questa tragedia. Una portaerei è nelle acque territoriali della città di Napoli, la scorta, che sono sei-sette navi, sono in acque internazionali con tutti i radar, con tutti gli accertatori accesi e non vedono cosa è successo all'aereo di Ustica, mi sembra sia un po' semplicistica la cosa, che non si riesce a capire cosa è successo ad Ustica.

Come è semplicistico chiedere la testa di un pilota americano, ricordatevi che gli americani sono in Italia, ricordatevi che per volontà di verità storica nel 1943-45, lo Stato italiano è stato sconfitto nella seconda guerra mondiale e gli americani hanno le basi in Italia, perché sono i padroni dell'Italia, nel 1945 l'Italia non ha vinto il secondo conflitto mondiale.

Allora gli americani, con i trattati del 1951 di Londra, decidono che i loro soldati, per qualsiasi tipo di reato, non possono essere processati se non a casa loro, il capitano dei Marines ha causato sì la tragedia del Cermis, ma perché è stato un esecutore di ordini superiori, perché lui ha detto che si trovava in addestramento a volo radente, perché era addestramento di guerra, in quanto noi

ci stiamo preparando per bombardare il Kosovo o forse sono "balle" dei giornalisti che succede questo, per cui lui è stato un esecutore d'ordine in addestramento di guerra.

Qui eventualmente le colpe, anche se Massimo D'Alema è andato in America ad incontrare Bill Clinton poteva chiedere chiarimento anche della tragedia di Ustica, visto che loro sanno chi sono stati i colpevoli e non chiedere, perché oggi è di comodo. Certo che dalla sinistra italiana ci si può aspettare questo ed altro.

Signor Presidente del Consiglio, questo Consiglio regionale aveva deliberato un paio d'anni fa che fosse data possibilità ad una seduta del Parlamento curdo, in quando Parlamento in esilio e la Presidenza del Consiglio regionale aveva dato possibilità e deliberato che il governo curdo potesse effettuare le proprie sedute all'interno del Consiglio regionale. Però abbiamo visto che gli interessi 'amerikani con la k' sono stati più forti, perché il governo italiano ha fatto venire Ocalan in Italia , è stato venduto ai greci perché dovevano poter compensare con i turchi la lite sull'isola dove loro si stanno combattendo da anni e perché di conseguenza i servizi segreti americani potessero avere le basi per bombardare l'Iraq.

Allora tutto questo sistema di essere innovatori di politiche di trasparenza, ipocriti in politica di democrazia, menzogneri sulla storia di questa regione soltanto che un mero e bieco interesse di bottega può garantire quella che è stata la Giunta del principe-vescovo in provincia di Trento, la sua seduta alla Presidenza del Consiglio regionale e consigliere Cogo alla Presidenza della regione.

Soltanto che un vero atto di mercato, gestito con intelligenza dal collega Atz, può permettere che sia sciolta definitivamente la regione e che la provincia non più autonoma, la provincia ordinaria e non più a statuto speciale di Trento, diventi un'altra delle province della regione Veneto.

Penso che avremo possibilità di discutere più avanti, chiarire le contraddizioni di chi si veste da innovatore politico, da chi dice: andiamo oltre i partiti, queste forze politiche vanno contro la Costituzione e guarda caso non c'è magistrato che intervenga, soltanto quando noi indossavamo le 'camicie verdi' e facciamo sventolare il nostro sole delle Alpi, chiedendo libertà per un popolo, autodeterminazione economica, per una realtà territoriale, veniamo incriminati per attentati alla Costituzione.

Il Presidente designato della regione può dichiarare che il programma di gestione della regione Alto Adige sarà data in autodeterminazione, allora giochiamo proprio sul tavolo del ping pong: Boato-Durnwalder, Durnwalder-Boato, perché abbiamo visto nei momenti di massima attenzione il principe-vescovo che doveva dimostrare o essere incoraggiato dalla stampa locale come un grande politico, baipassava Carlo Andreotti della provincia di Trento, allora Presidente ed andava a trovare il grande Durnwin a Bolzano e tutti quanti hanno detto: certo Durnwalder ha benedetto Dellai come il Messia della politica del Trentino, ma

qualsiasi persona che andava a Bolzano e accettava la determinazione o le richieste dello SVP, sarebbe stato benedetto e applaudito.

Va bene che adesso siamo nel periodo del Giubileo, il S. Padre ha fatto 800 nuovi illuminati e nuovi santi, per cui uno più e uno meno, anche il Trentino per il giubileo ha il suo. Grazie.

**PRESIDENTE:** La parola al cons. Urzi.

**URZÍ:** Egregio Presidente del Consiglio, stimati colleghi, gentile Presidente designata prof.ssa Cogo. Ho titolato questo mio intervento: "La deriva eurotirolese" e cercherò di spiegare perché.

E' certo con rammarico che prendo la parola per affermare, di fronte a quest'aula, che per la logica dei numeri mi è ostile, ciò che mi appresto a sostenere. Eppure avverto questo mio atto come un doveroso segno di riconoscenza nei confronti della silenziosa maggioranza di cittadini italiani dell'Alto Adige, che ha dato la propria fiducia ed ha consegnato le proprie speranze nelle nostre mani.

Permettetemi il diritto di rivendicare con orgoglio il compito di rappresentare in quest'aula proprio la speranza. In Alto Adige il gruppo linguistico italiano sprofondata (e sono i dati riferiti alla composizione percentuale dei residenti per gruppi linguistici) dal rassicurante 34,3% del 1961 all'instabile 26,5% del 1991, posto drammaticamente di fronte alle insignificanti percentuali di bambini in età scolare, che proiettano virtualmente il gruppo linguistico entro una ventina d'anni al 12-13% (come riconosciuto dallo stesso Ministero degli interni in un tagliente monitoraggio sullo stato delle zone di frontiera), in Alto Adige il gruppo linguistico italiano oggi guarda al proprio futuro con l'ansia di chi non scorge il termine del sentiero, tutto in salita, che sta percorrendo, ormai da anni; ma guarda al proprio futuro anche con la speranza dei giusti.

Gentile Presidente designata, nel suo intervento, mi creda, scorgo una limitata sovranità. E' alla sua personale limitata sovranità politica che mi riferisco. Spiace avere come interlocutrice una Presidente designata chiamata a tradurre, in regione, un programma politico, una linea d'azione che per la loro brutalità repressiva nei confronti delle garanzie istituzionali fissate dallo statuto di autonomia non possono essere attribuiti di certo ad una donna. Non può essere sufficiente il garbo femminile che le riconosciamo a giustificare la gigantesca follia dello smembramento dell'unica regione europea (a proposito di regioni europee a cui lei insistentemente si richiama) che chi siede su questi banchi legittimamente riconosce: la regione europea, l'euregio del Trentino-Alto Adige, l'unica e vera regione pluriculturale, plurilingue, già riconosciuta internazionalmente, già autonoma, europea nel senso pieno della parola, di cui noi si voglia parlare, trovando la ragione di ciò nella storia.

Non rimarremo di certo muti di fronte a chi si è imbevuto dell'illusione di ritenersi il riformatore illuminato. Non supporteremo a lungo ancora la volgare

liquidazione del nostro ruolo quale antistorico conservatorismo, come è stato definito. Vive fuori dalla storia chi progetta le rivoluzioni istituzionali, mortificando intere comunità, come quella di lingua italiana dell'Alto Adige. Non si fraintenda il senso delle mie parole: ritengo che nessuno, fra chi siede su questi banchi, rifiuterà il confronto severo, ma anche sereno sui temi che condizionano i venti riformatori. E' fra i suoi banchi, della sua maggioranza, Presidente designata Cogo, che non si scorge sinora alcuna aperta disponibilità ad un confronto, che non sia condizionato da un atteggiamento di presunzione, che indispettisce e gela il clima politico generale.

Siamo in procinto di assistere ad una commedia in cui, gentile Presidente designata, anche lei si appresta a recitare una semplice comparsa, ma il copione è già tutto scritto ed un po' demagogici mi appaiono gli appelli, lanciati sia da lei che dal Presidente Dellai, il massimo ispiratore di questa operazione, al confronto, allargato anche agli italiani dell'Alto Adige.

La maggioranza degli italiani dell'Alto Adige, signora Presidente designata, è fermamente contraria a quello che ha letto sui giornali (di certo, sgraziatamente, anzitempo) una manciata di giorni dopo le elezioni di novembre. In quegli articoli c'era già tutto il programma di governo del Trentino, della regione, in grossa parte anche dell'Alto Adige in versione terzo statuto di autonomia. E' il progetto Dellai. Perlomeno Dellai si è incaricato di trasferirlo nelle sedi istituzionali per tradurre in pratica ciò che altri hanno già fissato da tempo; il federalismo differenziato, applicato anche a livello regionale, a cui si ispira tutta la politica e la pratica programmatica del Sinistra-centro Trentino e dello SVP, è il frutto di un decennio di analisi scientifiche e culturali nell'ultimo lustro, finanziate direttamente dalla provincia autonoma di Bolzano, attraverso l'Accademia europea e dalla regione Trentino-Alto Adige attraverso i suoi centri studi.

I rischi evidenti dell'operazione, che non a caso hanno suscitato tanto clamore, consistono nella deriva culturale a cui viene di fatto condannata la minoranza italiana dell'Alto Adige.

Cosa spaventa gli italiani dell'Alto Adige? Il ridisegno dell'autonomia secondo la logica per cui saranno le province a costituire la regione e non viceversa. Con ingenuità, Presidente designata Cogo, lei ha parlato di "definitivo superamento per l'Alto Adige, dello status di autonomia a sovranità limitata". Devo essere sincero, non mi sono affatto sorpreso nel rileggere quello che lei ha avuto il coraggio di affermare: perché in quelle parole è tutto il percorso politico che il progetto Dellai esprime. E lei non poteva dire altro che quello che ha detto. Quindi anche la successiva marcia indietro, per certi versi, non la comprendo ed in un certo senso anche non la giustifico.

Lo smembramento della regione e l'inversione dei ruoli, per cui le province acquistano poteri decisionali e si svincolano dai condizionamenti imposti dall'essere enti subordinati alla regione, è funzionale all'acquisizione da parte della provincia di Bolzano di più ampie facoltà in tema di collaborazioni transnazionali, ossia con il Tirolo. Quindi è proprio il "definitivo superamento per

l'Alto Adige dello status di autonomia a sovranità limitata". E lei fa bene ad aggiungere: "Così come da sempre rivendica il gruppo di lingua tedesca". E solo questo evidentemente. A quelle rivendicazioni la sua maggioranza dà risposte. Non certo alle richieste di ascolto che arrivano dalla minoranza degli italiani dell'Alto Adige.

La regione e la provincia di Bolzano da anni stanno finanziando l'abbondante produzione di dottrina giuridica, sulla quale ora si vuole poggiare proprio questa riforma dell'autonomia. E' una dottrina che fa capo a studiosi di diritto, che hanno costruito uno scheletro normativo, legittimando giuridicamente le ambizioni del potere politico locale (che fa capo alla santa alleanza Sinistra-centro trentina e SVP altoatesina) vivendo e finanziandosi con le ricche risorse per la ricerca che l'ente pubblico è stato prodigo nel disporre.

I riferimenti più costanti nella tradizione giuridica e politica che Dellai ed il Sinistra-centro interpretano, sono quelli che fanno capo all'ordinario di diritto costituzionale presso l'Università di Innsbruck, Peter Pernthaler, colui che nel 1991 teorizzò la nascita della regione europea del Tirolo. Un caposcuola.

Pernthaler fra il resto, prima di divenire oggi consulente degli Schützen e contemporaneamente della regione di Grandi ed ora forse anche della Cogo, è stato fra i membri (ciò serve per comprenderne la collocazione ideologica del personaggio) del primo Kuratorium, dell'Intereg (Internationales Institut für Nationalitätenrecht und Regionalismus), fondato nel 1977 su iniziativa di tedeschi dei Sudeti. Un ruolo svolto a fianco di Felix Ermacora, che sino a qualche mese prima della recente morte non ha mai smesso di animare con le sue nostalgiche teorie le campagne elettorali dell'Union für Südtirol, o Fried Esterbauer che prevede la riassegnazione all'Austria dell'Alto Adige con la creazione di un muro attorno ai quartieri italiani di Bolzano, o ancora Otto d'Asburgo, che non disdegna gli elogi rivolti alla sua Maestà imperiale, in omaggio ad una concezione superata della storia, o l'editore della "Rivista etnica" che non ha mai nascosto di sostenere che nella futura Europa le "regioni dovranno essere omogenee in relazione alla loro cultura e lingua o almeno in relazione al loro sentimento di appartenenza.

Qui sta il punto: la maggioranza, che Alleanza Nazionale in quest'aula rappresenta, degli italiani dell'Alto Adige non crede di appartenere al Tirolo, non partecipa benevolmente ai raduni degli Schützen come c'è chi fa in Trentino. Perché gli italiani dell'Alto Adige rivendicano la preziosità delle diversità e non l'omologazione secondo un modello culturale imposto dalla maggioranza sulla base della semplice logica dei rapporti di forza e quindi dei numeri. Gli italiani dell'Alto Adige sanno che una provincia più libera di autodeterminare le sue scelte, secondo i principi ispiratori del federalismo differenziato che si vorrebbe applicare sperimentalmente in regione, seguirebbe la via dell'Euregio, non istituzionale, ma retta sul coordinamento politico e culturale delle attività fra Land Tirol e provincia di Bolzano e che diverrebbe soffocante per chi non appartiene alla maggioranza etnico-linguistica, quella tedesca. Pernthaler ha già chiarito che

"l'Alto Adige all'inizio dovrebbe rimanere una regione autonoma dell'Italia e il Land Tirol un Bundesland dell'Austria, ma nel contesto dell'integrazione europea il significato dei confini tra le due parti del Land dovrebbe ridursi sempre di più e parallelamente l'autonomia di entrambe le parti della regione nei rispettivi Stati dovrebbe accrescersi sino alla Vollautonomie, alla piena autonomia". Parole testuali che trovano rispondenza nelle dichiarazioni di Luis Durnwalder nel 1991 nel corso di un incontro tra SVP e OEVP a Bressanone: "La chiusura del Pacchetto non è la soluzione definitiva del problema altoatesino. Certo la definizione della Vollautonomie significa in pratica sovranità e questa è la direzione verso la quale, passo dopo passo, dobbiamo andare".

Prima di lei, Presidente designata Cogo, c'era già chi parlava del superamento della sovranità limitata, lei evidentemente non ha inventato nulla, ha solo copiato bene. Ora sappiamo anche da chi e quindi dove ci condurrà il suo progetto se troverà il sostegno politico necessario.

Ma sono i suoi riferimenti all'Euregio, Presidente, se posti a raffronto con quello che abbiamo detto, che sono spaventosi: perché non prevedono nemmeno un'azione unitaria delle due province nell'ambito dello spazio fra Kufstein e Borghetto, quello dell'Euregio che lei indica, di fatto aprendo la strada ad un'azione autonoma e quasi illimitata della sola provincia di Bolzano ispirata a principi più etnici e culturali che filosofici come i suoi. Per gli italiani sarebbe la condanna a morte, lo stritolamento senza neppure l'illusione di potere contare su un intervento mediatore e risolutore della regione.

Il suo riferimento alla mobilitazione dei giornali diocesani a favore del processo riformatore secondo i dettami del federalismo differenziato e che lei chiama chissà perché solidale (quando è esattamente l'opposto) non può essere considerato quindi casuale. Applicare questo metodo dell'autonomia a due velocità in ambito regionale, della differenziazione delle autonomie provinciali in una debole cornice regionale, condanna la minoranza italiana dell'Alto Adige (privata del peso politico contrattuale) alla subordinazione politica, culturale, economica, sociale. Per questi motivi il suo riferimento alla riforma proposta dai giornali diocesani appare ancora più angosciante perché o non si è compreso che l'Alto Adige non può essere condannato a determinare da sé le proprie regole di vita (perché la maggioranza etnica eserciterebbe il diritto alla rivendicazione di uno "spazio vitale-Lebensraum" per sé, è un'infelice espressione di Pernthaler - non è mia - con conseguenze facilmente prevedibili per la minoranza italiana) o si è barattato con la Volkspartei il via libera alla secessione interna (così la chiamano i giuristi) e senza bisogno di modifiche di confini in cambio di una riformetta per la governabilità del Trentino.

Gli altoatesini non glielo perdonerebbero, Presidente designata Cogo. Ma nemmeno i trentini, immagino, se l'azzardo istituzionale dovesse un giorno portare circostanza che non escluderei di principio, alla riconsiderazione complessiva delle ragioni dell'autonomia per la provincia in cui oggi ci troviamo. Grazie.

## **Vizepräsident Messner übernimmt den Vorsitz Assume la Presidenza il Vicepresidente Messner**

**PRÄSIDENT:** Danke. Als nächster zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Holzmann. Bitte, Abgeordneter.

**HOLZMANN:** Grazie signor Presidente. Signora Presidente della Giunta regionale incaricata, prima di iniziare a dibattere la sua relazione, vorrei richiamarmi ad una questione preliminare, che ho avuto modo di chiarire con lei pochi minuti fa e che riguarda lo stentato uso del termine Alto Adige-Südtirol nella sua relazione.

Ora questa denominazione, che non ha carattere di ufficialità, perlomeno fino a questo momento, rappresenta, dal mio modesto punto di vista, una sorta di asserimento culturale che è fuori luogo, perché nel momento stesso in cui si riconosce e si difende l'obbligo e la facoltà di utilizzare il bilinguismo in quest'aula, dal momento in cui l'ente regione ha un suo nome ufficiale, sia in lingua italiana che in lingua tedesca, questo uso in proprio della terminologia, dal nostro punto di vista è un po' fuori luogo, altrimenti dovrebbe essere utilizzato in ogni situazione. Siamo di fronte ad un ente che un suo nome e cognome, in italiano e tedesco e quindi come tale dovrebbe essere utilizzato.

Fatta questa piccola premessa, però non dal nostro punto di vista di secondaria importanza, che denota un certo tipo di impostazione della sinistra, italiana e locale, che non ci piace e non condividiamo, vorrei entrare invece nel merito delle sue dichiarazioni programmatiche e lo farò seguendo passo, passo quello che lei ha scritto cronologicamente nella sua relazione.

Lei ha parlato innanzitutto, a pag. 3 della sua relazione, di necessità di mantenere la cornice regionale, su questo punto siamo pienamente d'accordo con lei, peccato però che nella sua relazione di tutto si parli, tranne che di mantenere la cornice regionale, così come noi siamo abituati a ritenerla, anzi tutt'altro, si parla a lungo e spesso di come questa cornice regionale deve essere sfumata, deve essere resa meno nitida, deve assumere sempre di più una fisionomia rarefatta, privandola poi dei suoi riferimenti anche visivi, pensiamo soltanto alla cessione della competenza più importante, quella del catasto e del libro fondiario, quando lei toglierà dalle nostre località anche periferiche della regione i simboli visivi della regione, ovviamente questo ente perderà, anche agli occhi dell'opinione pubblica, anche del semplice cittadino, la sua fisionomia e la sua importanza.

Credo che di tutte le competenze che si pensa di delegare alle province autonome, quella del catasto e libro fondiario sia la più pesante, è l'unica competenza amministrativa di un certo valore, di un certo rilievo e soprattutto non c'è alcuna giustificazione dal punto di vista pratico, pensiamo ad esempio al cittadino che ha delle proprietà a cavallo del confine delle due province, tanto per

fare un esempio, quindi non c'è, dal nostro punto di vista, una necessità operativa per una delega di questa competenza alle due province.

Andiamo con ordine. Lei parla di autogoverno dei comuni, di principio di sussidiarietà, su questo sono d'accordo con lei, però questa enunciazione di principio non viene poi chiarita agli effetti pratici di come si dovrebbe sviluppare, noi anche siamo convinti assertori del principio di sussidiarietà, certamente i comuni meritano maggiore attenzione e maggiori competenze di quanto invece il centralismo provinciale, bolzanino e trentino, hanno invece ritenuto fare in questi anni. Non significa dare semplicemente più soldi ai comuni, ma significa dare possibilità di autogoverno, penso ad esempio, quando si parla di autonomie comunali, a maggiore incisività, a maggiore competenza, soprattutto in materia urbanistica, qui non si tratta di trasferire risorse, ma si tratta di dare poteri agli enti territoriali minori, quelli che per loro natura sono più vicini al cittadino ed ai suoi interessi, quelli che meglio di altri possono adoperarsi per gestire al meglio le proprie competenze.

Quindi da questo punto di vista sul principio siamo d'accordo, ma nella sua relazione non appare come questo principio di sussidiarietà dovrebbe svilupparsi e nel concreto quali competenze dalla regione, oppure dalle province dovrebbero essere destinati ai comuni.

Lei parla di necessità di riformare lo statuto di autonomia, lei auspica un confronto partecipato, anche su questo punto siamo d'accordo con lei, signora Presidente della Giunta designata, tutte le forze politiche che siedono in questo consiglio vorrebbero modificare lo statuto di autonomia e questo sarebbe senz'altro possibile, però dobbiamo intenderci sulle regole che vogliamo darci per affrontare un passaggio delicato e difficile, che è stato foriero di tensioni in passato, anche molto gravi e molto aspre.

In Consiglio provinciale ho dichiarato, in occasione delle dichiarazioni programmatiche del Presidente della Giunta provinciale Durnwalder, che le modifiche dello statuto devono essere certamente partecipate, però ci vuole un confronto ampio fra le varie comunità linguistiche della nostra regione e ci vuole l'intesa della maggioranza di queste comunità, non è possibile ipotizzare modifiche statutarie in forma unilaterale, non vorrei mai che un governo di centro-destra - se ci sarà, cosa che spero - imponesse in modo unilaterale modifiche allo statuto, senza il consenso della maggioranza della popolazione di lingua tedesca dell'Alto Adige, perché questo comporterebbe nuove tensioni e probabilmente nuovi sacrifici, ma allo stesso tempo pretendo che si tenga in considerazione la posizione degli italiani dell'Alto Adige, che nella sua relazione non trovano grande spazio e questo mi dispiace.

In effetti le critiche che muovo alla sua relazione, signor Presidente, sono più dettate dalla mia appartenenza linguistica alla comunità di lingua italiana dell'Alto Adige, piuttosto che la mia appartenenza politica o partitica. Lei quindi ipotizza modifiche dello statuto, che potrebbero avvenire dopo un ampio dibattito in aula, ma senza tener conto di questo fatto, che a nostro avviso è elementare. La

considerazione che in provincia di Bolzano esistono tre gruppi linguistici, i quali devono dare il proprio assenso alle modifiche dello statuto.

Lei dice che si può semmai solo partire per ricostruire, però con le deleghe che vuole affidare alle province non si costruisce, ma si distrugge. L'impostazione diversa, che ci divide è quella che noi vorremmo invece che la regione venisse prima definita nel suo ruolo e successivamente semmai si potrebbe parlare di eventuali deleghe alle province autonome, invece il percorso che lei sta seguendo è un percorso diametralmente opposto, un percorso che parte dalle deleghe, per tentare di ricostruire un assetto regionale, che ben difficilmente potrebbe avere l'importanza che noi vorremmo avesse, con la concessione di queste deleghe, soprattutto le più importanti.

Lei sostiene l'importanza di separare le leggi regionali tra le due province, lei sostiene che le competenze regionali hanno suscitato e fatto nascere problemi tra le due province autonome; questo può essere certamente vero, soprattutto per quanto riguarda la materia elettorale a cui lei tiene molto, però è anche vero che la regione può essere il luogo di incontro delle reciproche diversità, delle reciproche esigenze e della valorizzazione delle reciproche differenze. Siamo sempre stati contrari, ad esempio, come forza politica, alla separazione del sistema elettorale tra provincia di Bolzano e provincia di Trento, per quanto riguarda l'elezione del Consiglio regionale, i colleghi che erano presenti nella scorsa legislatura sanno che ci siamo battuti in questo senso, lei invece vuole prendere un'altra strada, quella della delega della competenza elettorale alle due province autonome, di modo che ogni provincia possa autonomamente legiferare su questa delicatissima materia, al fine di dare governabilità alla provincia di Trento.

Da questo punto di vista mi sembra che il suo ragionamento sembri un po' più il ragionamento di un Presidente designato per la Giunta provinciale di Trento, piuttosto che per la Giunta regionale, perché c'è grandissima attenzione, capisco lei è una trentina e quindi conosce meglio, ha una predisposizione migliore per affrontare i problemi del Trentino, però non dimentichiamoci che ci sono anche dei problemi altrettanto pressanti e forse anche di più in provincia di Bolzano.

Lei parla e teorizza di modifiche dello statuto, modifiche delle leggi vigenti, che dovrebbero portare al vincolo proporzionale per la provincia di Trento, a garantire la rappresentanza ladina. Da questo punto di vista non ho nulla in contrario che venga garantita la rappresentanza ladina nell'Ufficio di Presidenza del Consiglio regionale, nella stessa Giunta regionale, il collega Willeit sa che da questo punto di vista la nostra è una posizione abbastanza aperta e chiara, però vorrei richiamare all'attenzione, collega Cogo, sul fatto che in questo momento in Consiglio regionale esiste un consigliere ladino, che lei vuole giustamente tutelare, ma esistono anche 9 consiglieri di lingua italiana dell'Alto Adige che non sono assolutamente tutelati da questo punto di vista, non c'è alcuna norma che imponga che la Giunta regionale ed il Consiglio regionale prevedano la

rappresentanza della minoranza di lingua italiana dell'Alto Adige, né nella sua relazione ho trovato alcun riferimento in questo senso.

Per quanto riguarda la necessità di decentramento e di autogoverno, con trasferimento di competenze dalla provincia ai comuni, anche qui ci troviamo nella stessa situazione di prima, sembra più di trovarsi di fronte alle dichiarazioni del collega Dellai, piuttosto che a quelle del Presidente designato della Giunta regionale. Lei fa però un riferimento specifico per giustificare la necessità dei comuni trentini alla maggiore autonomia, facendo il paragone tra il numero di comuni che ci sono in provincia di Bolzano e in provincia di Trento.

In provincia di Trento, se non erro, sono 223, in provincia di Bolzano sono 116, questo significa che mediamente i comuni altoatesini hanno circa il doppio degli abitanti rispetto a quelli di Trento, naturalmente escludendo i capoluoghi dei centri maggiori. Allora a maggior ragione, visto che in Alto Adige abbiamo un minor numero di comuni, che quindi sono più forti come numero di abitanti, l'Alto Adige dovrebbe essere destinatario di maggiori competenze a favore dei comuni, proprio perché questi comuni hanno una maggiore capacità di gestirsi, anche attraverso il personale che hanno a loro disposizione. Invece questa differenza viene utilizzata in maniera sbagliata, per giustificare l'esigenza dei comuni di Trento ad avere maggiori competenze.

Crede che comunque se ci crediamo veramente nel principio di sussidiarietà, si potrà fare qualche passo in questo senso, ma sono passi che purtroppo competono alle province autonome e non alla regione.

Per quanto riguarda le sue considerazioni sul quadro nazionale ed internazionale, lei parla di Stato italiano che è destinato a devolversi in repubblica federale, personalmente non credo che sia questo l'assetto che assumerà il nostro Stato, non si deve fare confusione tra federalismo e necessità di decentramento, personalmente non sono innamorato del modello federalista, sono abbastanza disincantato per sapere che esistono stati dove il modello federalista ha funzionato e funziona egregiamente, ma esistono altrettanti esempi di stati centralisti, che funzionano nello stesso modo e rispetto ai quali i cittadini manifestano la loro soddisfazione, mi riferisco ad esempio alla Francia, ma ce ne sono tanti altri.

Quindi non è tanto il modello organizzativo che può risolvere i mali della prima Repubblica che si sono in gran parte trasferiti anche nella seconda, ma è una diversa cultura, un diverso approccio anche alla vita politica che manca e purtroppo da questo punto di vista sarà molto più difficile correggere questa tendenza negativa, lo dico perché sono uno che fa politica da più di 30 anni e quindi mi dispiace che oggi la politica non dia una buona immagine di sé, a livello nazionale come a livello locale, esiste con il crollo delle ideologie purtroppo un atteggiamento molto disinvoltato da parte di singoli, da parte di intere forze politiche che si spostano da una parte all'altra, lasciando il cittadino molto perplesso.

Crede che in questa fase politica di seconda Repubblica, la politica non abbia dato buoni esempi di sé e quindi è su questo che bisogna lavorare,

però bisogna farlo naturalmente tenendo conto della realtà e quindi badando meno alle formule politiche ed ai rapporti di forza, che pur esistono anche in questi Consiglio e pensare in linea di principio cosa vorrebbero i cittadini che si facesse per loro.

Non credo che la maggioranza dei cittadini della nostra regione voglia la liquidazione di questo ente, certamente questo ente può essere migliorato è certamente perfettibile, ma questo risultato non lo si può ottenere spogliandolo delle sue competenze, ma caso mai arricchendolo, da questo punto vi sita siamo ben lieti di poter collaborare con lei, con le nostre proposte, con i nostri suggerimenti, con le nostre indicazioni: Come lei sa noi desideriamo una regione che abbia competenze anche di carattere ordinamentale su materie che oggi sono di esclusiva competenza delle province autonome, senza sottrarre alle province autonome le proprie competenze, perché questo significherebbe tornare al primo statuto di autonomia, con tutto quello che ne consegue.

In certi settori che noi abbiamo individuato, un coordinamento delle politiche da parte della regione sarebbe non soltanto utile, ma addirittura indispensabile, pensiamo ad esempio ai problemi della grande viabilità, che riguardano tutta la regione, non soltanto le province autonome. Quando lei parla di autonomia fa riferimento a queste problematiche, anche se lo fa in maniera un po' strabica, lei prima usa questo termine strabico per quanto riguarda la differenziazione fra le due province che devono avere legislazioni differenti, però anche dal punto di vista economico lei fa riferimento al nord-est ed alla Baviera, come aree economicamente forti, alle quali dobbiamo guardare, ma esiste una terza area molto forte economicamente, che confina sia con la provincia di Trento che con quella di Bolzano, si tratta della Lombardia, regione che mi sembra abbia avuto uno sviluppo industriale, commerciale anche nel terziario molto forte in questi ultimi anni e che penso possa essere al pari del Veneto un nostro possibile partner di carattere economico.

Anche parlando semplicemente di nord-est, visto che lei si riferisce a questo, mi dovrebbe spiegare come mai sul rapporto tra la provincia di Trento o quella di Bolzano e la regione ed il nord-est, non si parla ad esempio di necessità, di grandi infrastrutture, non si parla di grande viabilità, non si dice nulla dell'autostrada della Valdadige. Su queste materie forse la regione potrebbe dire qualcosa, per quale ragione i cittadini dell'Alto Adige non possono esprimersi sul progetto come quello della Valdadige, che influenza bene o male, che sia fatta o non sia fatta, l'economia anche dell'Alto Adige.

Allo stesso modo per quale motivo i colleghi trentini non possono esprimersi sulla realizzazione dell'autostrada di Alemagna, che porterebbe via al traffico di 1 milioni di veicoli l'anno, quel traffico che inquina la città di Trento, le località che stanno a nord e a sud di Trento.

Per quale motivo la regione non si propone in un ruolo di coordinamento per quanto riguarda la grande viabilità, il traffico, i trasporti, la sanità? Oggi abbiamo necessità di attivare reparti molto specializzati, anche nelle

nostre strutture sanitarie pubbliche, che necessitano di bacini di utenza molto più ampi di quelli delle singole province. Quindi anche da questo punto di vista la regione potrebbe rivendicare certamente un suo ruolo.

Da questo punto di vista nella sua relazione purtroppo non trovo nulla, se non il richiamo a principi di carattere generale, peraltro molto generici, mi auguro che su questo si possa affrontare una discussione. Quando lei parla di programma della Giunta regionale dà priorità alle deleghe e soprattutto alla competenza del Libro fondiario; ci troviamo quindi di fronte ad una posizione che è diametralmente opposta alla nostra, che vorrebbe arricchire l'ente regionale di nuovi competenze, mentre qui lo si vuole praticamente saccheggiare e mettere in liquidazione.

Il nuovo ruolo che lei disegna per la Giunta futura, è quello di istituire gruppi di lavoro, ma mi chiedo con quali competenze questi gruppi di lavoro, che dovrebbero essere formati anche da tecnici chiamati da fuori, liberi professionisti, dovrebbero dare suggerimenti, indicazioni alle province autonome, che poi potrebbero non tenerli in alcuna considerazione, come sicuramente accadrà, dal momento in cui la provincia autonoma ha le sue competenze, credo abbia tutto l'interesse ad esercitarle in maniera autonoma, questa è la politica.

Quindi non vedo in questo un futuro ruolo dell'ente regione, quello di istituire gruppi di lavoro su competenze non meglio definite e con quali autorità poi dovrebbero dare disposizioni o direttive alle province autonome.

Nelle conclusioni lei auspica una modifica stralcio dello statuto per varare la legge elettorale del Trentino. Ecco che qui ci troviamo di fronte di nuovo ad una visione strabica dell'autonomia, si preoccupa di dare governabilità al Trentino, che peraltro mi sembra abbia, anche se nei numeri purtroppo è quella che è, ma comunque non c'è un vero e proprio problema di governabilità, è stato superato, ma non credo che questo sia compito della regione da risolvere, semmai sarà un problema delle province, sarà un problema nostro fino a quando questa competenza rimarrà in capo alla regione, ma lei la vuole trasferire alle province e quindi sarà un problema che non ci riguarderà, perlomeno in quanto consiglieri regionali.

Se dovessi schematizzare questa sua relazione programmatica, collega Cogo, dovrei definirla un po' come Nerone, che ha incendiato Roma per ricostruirla. So che lei sta cercando di distruggere la regione, ma non sappiamo ancora come vorrà ricostruirla e dubitiamo che poi riuscirà, purtroppo per lei e per noi anche a ricostruirla.

Quindi non vediamo in questa relazione grandi progetti, ma semmai la prosecuzione di un progetto Grandi, che è cosa ben diversa. Lei auspica comunque un rapporto sereno, improntato al confronto e al dialogo e al reciproco rispetto, questo per quanto ci riguarda lo avrà, ma allo stesso tempo avrà un atteggiamento estremamente chiaro, di opposizione da parte della nostra forza politica rispetto al suo progetto di regione. Grazie.

## **Assume la Presidenza il Presidente Leveggi Präsident Leveggi übernimmt den Vorsitz**

**PRESIDENTE:** La parola alla cons. Klotz.

**KLOTZ:** Frau designierte Präsidentin, ich verstehe schon, daß Sie nicht eine neue Suppe auf den Herd stellen dürfen, sondern nur eine alte aufwärmen dürfen, aber trotzdem tun Sie mir heute schon leid. Es tut mir vor allem Leid, daß Sie sich dafür hergeben, die Politik derer zu machen, die eben keine Änderung wollen, die eben im Gegensatz zu dem was Sie in den Schlußfolgerungen schreiben, nicht innovativ ist. Tatsache ist, daß aus Ihren langen Erklärungen zweierlei hervorgeht, daß nämlich die Region im vorgesehenen Rahmen bestehen bleibt. Es handelt sich um einige kleinere neue Gewürzkräutlein, die da und dort die alte Suppe ein wenig schmackhafter machen sollen, aber bleiben tut es leider Gottes die alte Suppe, und zwar aus zweierlei Gründen. Einmal - und da müssen sich die Trentiner wahrscheinlich einmal ernsthafte Gedanken machen - aus einem Komplex der Trentiner heraus, aus einer Angst der Trentiner heraus, sie könnten irgendetwas verlieren, wenn sie sich nicht dauernd krampfhaft an Südtirol anhängen. Ich würde sagen es handelt sich in erster Linie um mangelndes Selbstvertrauen der Trentiner. Ich sehe das immer wieder, hier besonders deutlich auf Seite 20 des deutschen Textes der Erklärungen, wo es um die sogenannte dritte Phase der Erfahrungen mit unserer Autonomie geht. Diese dritte Phase, schreiben Sie, muß einerseits auf einer völligen Anerkennung der Trentiner Autonomie beruhen, welche auch unabhängig von der bloßen Ankoppelung an Bozen gewährleistet werden muß und andererseits muß für Südtirol endgültig der in seiner Souveränität eingeschränkte Status der Sonderautonomie überwunden werden.

Dann machen Sie bitte den ganzen Schritt. Ich weiß Sie dürfen ja nicht, Sie sind angewiesen auf fünf oder sechs Koalitionspartner ohne deren Zustimmung überhaupt nichts geht, auch nicht das kleine neue Kräutlein aus der Gewürztasche. Aber wenn die Trentiner wirklich Selbstvertrauen hätten und sich endlich von ihrem historischen oder auch volkstumpolitischen Komplex in jeder Hinsicht lösen könnten, dann könnte ein Neuanfang wirklich durchgezogen werden, und zwar auf der Grundlage des echten Föderalismus, Frau Präsidentin Cogo. In dem Moment wo Sie hier mit dem dynamischen und differenzierten Föderalismus kommen, weiß ich, daß das nichts anderes als Ausreden sind, eine Verschleierung, eine Tarntaktik im Grunde, denn wir haben in Südtirol wache Ohren und immer wenn man uns mit der sogenannten dynamischen Autonomie kommt, dann wissen wir, daß es sich hier um ein faules Ei handelt. Faul insofern als man sich eben scheut und nicht den Mut hat, eine klare intellektuelle Auseinandersetzung mit dem Begriff Föderalismus abzuführen. Hier geht es um den Begriff Föderalismus. Von Föderalismus kann ich aber nur sprechen, wenn ich ihn in seiner wirklichen Bedeutung verstehe, d.h. ausgehend von der freien

Entscheidung mit wem man gemeinsame Zukunft, politische, wirtschaftliche, kulturelle und soziale Zukunft, halten will und mit wem man sie nicht halten will. Sie beschränken den Begriff Föderalismus auf die Dezentralisierung. Das sage ich hier aber schon seit 1983, infolgedessen ist es für mich mühsam. Es freut mich aber festzustellen, daß inzwischen alle von Föderalismus sprechen, aber es betrübt mich natürlich sehr, daß man inzwischen mit Erfolg den Föderalismus auf eine falsche Schiene geschickt hat, die da bedeuten soll nichts anderes als Dezentralisierung. So ist es jetzt hier mit dem dynamischen und differenzierten Föderalismus in der Region. Sie sagen: Wir gestalten alles um, denn Träger sind die beiden Provinzen und die Region ist sozusagen der Rahmen. Gar nichts ändert sich, denn es wird nur die eine oder andere Delegation der Verwaltungsausübung, nicht einmal der Kompetenz, der Verwaltungsausübung, der Gestaltung, erfolgen. Das heißt nicht Föderalismus, Frau Cogo, das ist Dezentralisierung. Infolgedessen ist also das Gerede vom dynamischen und differenzierten Föderalismus nichts anderes als ein Etikettenschwindel. Man will etwas anderes, das nach etwas anderem ausschaut als eben der Inhalt ausmacht. Föderalismus würde bedeuten - und hier spreche ich natürlich in erster Linie die SVP an -, daß sie eben eine konsequente Politik macht, aber das kann sie nicht, weil sie inzwischen auch schon eine Postenpartei geworden ist, wo man schauen muß, daß man alle irgendwo unterbringt.

Ich gratuliere auch besonders herzlich dazu, daß es euch gelungen ist - außer für die beiden armen Rosa Thaler und Martha Stocker, ausgerechnet für die beiden Frauen, sie werden immerhin noch Kommissionspräsidentinnen werden - daß es euch ansonsten gelungen ist, für jeden einen Posten und ein Amt zu finden und dazu braucht ihr ja die Region, denn sonst könntet ihr ja einen ganzen Schritt tun und sagen: warum zum dritten Mal eine Suppe aufwärmen, warum ein drittes Autonomiestatut. Denkt bitte daran und hier kommt die Geschichte ins Spiel, wie diese sogenannte Autonomie zu Stande gekommen ist, wie eure Väter gekämpft haben oder eure Großväter noch gekämpft haben, wofür die gekämpft haben. Die haben nicht für die Region gekämpft oder für eine sogenannte Autonomie, die nicht einmal eine echte Autonomie ist. Die haben für das Verbleiben des Landes Tirol gekämpft. Die haben ihr Leben auf das Spiel gesetzt. Auch mein Vater hat sein Leben aufs Spiel gesetzt für die Freiheit von Südtirol, aber nicht für die Abhängigkeit von den Trentinern, vom italienischen Staat, von einem Statut, das in Rom beschlossen und nicht in Südtirol beschlossen wird. Wenn ihr einen Funken Ehre im Leib habt und einen Funken Verantwortungsbewußtsein euren Vätern aber auch euren Kindern gegenüber, dann müßt ihr einen Schritt setzen. Ihr habt euch aber ja so wunderbar großartig dick eingerichtet auf eure Posten hier, daß ihr gar keine anderen Wünsche mehr habt. Wahrscheinlich ist das eben ein natürlicher Prozeß in einer ...

Nein, Kollege Hosp, ich habe keine Kinder, deswegen sage ich Verantwortungsbewußtsein gegenüber euren Kindern... Warum? Dann bitte später einen Kommentar dazu, weil ich schon wissen möchte wie das jetzt gemeint ist.

Aber lassen wir das, es wird ja Gelegenheit noch dazu geben, für kommentarlose Anzüglichkeiten.

Frau Präsidentin, auch Ihr Umgang mit der Geschichte - aber ich denke da hat sich mein Kollege Andreas Pöder eingehender vorbereitet - auch Ihr Umgang mit der Geschichte ist von Feigheit geprägt. Das muß ich Ihnen leider offen sagen. Ich weiß schon, Sie können hier nicht ein 50-Seiten-Dokument über Geschichte bringen, aber die Auswahl, die sie treffen, die wird der Geschichte auf keiner Weise gerecht. Sie sprechen zwar von den sogenannten Terrorakten, aber Sie sprechen nicht von den wirklichen Vätern des Pariser Vertrages, Sie sprechen nicht von der Rolle Österreichs. Ich weiß schon, daß ihre politische Ideologie mit der früheren auch gemeinsamen Geschichte der Trentiner mit Österreich nicht viel sagen will, daß Sie nichts davon halten. Unabhängig davon gibt es die Geschichte und es gibt eine geschichtliche Wahrheit. Völlig unter den Tisch zu schlagen, daß es hier eine internationale Schutzmacht für Südtirol gibt, das ist meines Erachtens eben politisch und geschichtlich leichtfertig, denn wenn das Trentino morgen unabhängig von Südtirol seine Autonomie verteidigen und erhalten will, dann wird es an diese Geschichte anknüpfen müssen, wie sonst sollte man eigene Bedürfnisse hier feststellen oder auch ableiten können.

Ich komme auch schon zum Schluß. Das Föderalismusmodell, das Sie hier bringen, gibt es nicht, denn es ist kein echter Föderalismus, die Autonomie von der Sie reden, ist eben nicht die Ehe unter gleichberechtigten Partnern, sondern es ist eine Zwangsehe. Das dritte Autonomiestatut ist das Aufwärmen einer Suppe, die längst schon nicht mehr genießbar ist. Die Region als Klammer zwischen Südtirol und dem Trentino kann auf dieser Basis nicht funktionieren. Es gäbe wunderbare Klammern und die wären sicherlich viel effizienter, und zwar, daß man sich endlich dazu bekennt, daß beide Teile, die bisher diese Region gebildet haben, frei entscheiden mit wem sie ein Europa der Regionen bilden wollen, der freien Völker und der natürlich gewachsenen Regionen oder mit wem sie weiterhin Zentralismus gestalten wollen. Das sind heute die beiden Auseinandersetzungen, und glauben Sie mir, die Ideen des 19. Jahrhunderts, nämlich des Zentralstaates, werden sich früher oder später von selber überholen, sie sind schon dabei abzurollen, denn je krampfhafter der Versuch ist, sich daran zu halten, umso klarer ist, wie sehr diese Ideen überholt sind. Das sind die Modelle des 19. Jahrhunderts, Frau Cogo, das sind nicht die Modelle des 20. Jahrhunderts und schon gar nicht die Modelle des 3. Jahrtausends.

Es fehlt also hier einmal die intellektuelle Redlichkeit, es fehlt aber auch der politische Mut wirklich etwas Neues zu schaffen und wirklich ein Modell hier auf der Basis der freiwilligen Zusammenarbeit gemeinsam zu gestalten, da würde es sicher eine viel viel bessere Zusammenarbeit geben unter Partnern, die freundschaftlich miteinander zusammenarbeiten können, weil nicht der eine immer wieder vom anderen übervorteilt wird und der eine immer wieder in die Angelegenheiten des anderen hineinredet und praktisch damit Abhängigkeit schafft und auch Abhängigkeit verwaltet. So funktioniert Gemeinsamkeit sicher

nie. Sie schreiben hier von der gemeinsamen Ehe, das ist ein sehr gutes Beispiel, eine wirkliche gemeinsame Ehe kann auch nur dann funktionieren, wenn zwei gleichberechtigte Partner eben diese Ehe mitgestalten und diese Ehe mit Leben füllen. So könnte ich mir vorstellen, daß Südtirol mit dem Trentino, daß das freie Land Südtirol mit dem freiem Land Trentino eine wunderbare Zusammenarbeit haben könnte. Natürlich, es gibt gemeinsame Bedürfnisse, es gibt Probleme, die gemeinsam gelöst werden müssen, aber auf einer anderen Basis der Zusammenarbeit. Diese Regierungserklärung, Frau Cogo, ich kenne Sie persönlich ja nicht, aber ich glaube nicht, daß diese Erklärung ihrer persönlichen Einstellung entspricht. Diese Erklärung ist dieser Zeit nicht mehr würdig. Gestatten Sie, daß ich das sage.

**PRESIDENTE:** Chiudo il dibattito e ci ritroviamo alle ore 15.00. La seduta è sospesa.

(ore 12.50)

(ore 15.02)

### **Presidenza del Presidente Leveghi**

**PRESIDENTE:** Prego procedere all'appello nominale. La seduta riprende.

DENICOLO': *(Sekretär): (ruft die Namen auf)*  
*(segretario): (fa l'appello nominale)*

**PRESIDENTE:** Proseguiamo con il dibattito. La parola al cons. Morandini.

**MORANDINI:** Grazie Presidente. E' il primo intervento in questa legislatura, Presidente, naturalmente oltre a complimentarmi con lei per la recentissima elezione, ha finito un lungo travaglio, Presidente Leveghi, la vedo sorridente e molto più disteso, evidentemente auguro anche ai colleghi un buon lavoro.

Allora mi ha colpito Presidente, di primo acchito, la proposta che ha fatto il cons. Magnani, che politicamente dovrebbe vergognarsi di questa proposta, abbia proposto, a nome della Margherita e chi con essa si è associato politicamente, la "Margherita Cogo". Bene, se annuisce il cons. Pinter, noi prendiamo atto che questa Margherita di nome e di fatto si sta sostanziando.

Allora, cons. Margherita Cogo, le dico che di primo acchito, leggendo queste dichiarazioni programmatiche, che ho letto con attenzione, di fatto il mio intervento ripercorrerà per sommi capi i suoi ragionamenti, ho trovato una

disperazione incredibile sulla regione, cioè lei di fatto dice che ormai ha trovato una crisi non ulteriormente sopportabile, cioè non c'è niente che va bene.

Fossi stato nel collega Grandi, che siede con lei in maggioranza, mi sarei sentito un po' offeso, probabilmente lei vuol dire fra le righe che sostanzialmente ha ricevuto una brutta eredità.

Trovo una disperazione in queste dichiarazioni programmatiche, perché può anche darsi che ci sia una crisi della regione, ma le chiedo: perché è così profonda? Poi le risposte che cerca di dare a questa crisi e cercherò di dimostrarle subito, sono ancora peggiori. Qual è la contraddizione di fondo, collega Cogo, che emerge chiaramente da queste dichiarazioni programmatiche, lei dice sostanzialmente: c'è una crisi della regione, la regione ha poche competenze, quindi evidentemente questo accento allo stato di crisi, ne riduciamo ulteriormente le competenze, addirittura la spogliamo di gran parte delle competenze, faccio un esempio, riforma elettorale, deleghe in materia di libro fondiario e di cooperazione.

Lei sa bene, perché penso che un po' di memoria storica ce l'ha, anche se nei passaggi successivi le dimostrerò che ha scarsa memoria storica su tanti passaggi che per esempio la delega sul fondiario è davvero qualche cosa di scandaloso politicamente, perché proprio il fondiario richiama la comunanza con il Tirolo, quindi c'è un connotato, un collegamento di tipo storico, oltre che di originalità giuridica, proprio la delega, le competenze sul fondiario dimostrano, testimoniano questa comune origine storica che abbiamo come regione, quindi nel momento in cui lei si presta come Presidente designata a stare sulle deleghe in materia di libro fondiario, di fatto lei dice concretamente di non credere a queste origini, a queste radici, a questa comunanza storica.

Glielo dico perché il discorso delle deleghe è molto delicato, ma proprio in materia di libro fondiario, lei sa che gran parte del personale della regione accede a questo tipo di funzioni, di fatto dicono che delegando la potestà amministrativa in materia di libro fondiario alle province non ci si crede assolutamente all'ente regione e così la stessa cosa dicasi per la cooperazione, che come i colleghi sanno nel Trentino-Alto Adige ha forti origini tedesche, nel resto d'Italia sono di tipo francese, ma in Trentino hanno forti origini tedesche. Allora nel momento in cui ci prestiamo a delegare le funzioni amministrative alle province in materia di libro fondiario e di cooperazione, di fatto abbiamo chiuso definitivamente l'ente regione, se poi vuole ulteriore motivazione a questo, il trasferimento tout cur delle competenze in materia elettorale, che è quanto dire, dalla regione alle province.

Allora, detto questo, come modalità procedurali le dico che, leggendo questa relazione di primo acchito, ho avuto la tentazione di scriverne una alternativa, perché sarebbe stato molto facile, si prendevano queste dichiarazioni programmatiche e si scriveva tutto il contrario di quello che c'era scritto, ma forse era il caso di confrontarsi con gli amici della coalizione e quindi prima di fare questo vedere se era il caso insieme di maturare questo tipo di convinzione ed ho

optato invece per la strada, che adesso percorrerò velocemente, di seguire - Presidente designata Cogo, nonché Margherita - i ragionamenti più importanti che lei ha fatto con queste dichiarazioni programmatiche e allora, proprio seguendo i ragionamenti più importanti, cercherò di dimostrarle che non solo lei non crede nella regione, ma si sta prestando ad affossarne il ruolo, le funzioni ed il futuro di questo ente.

Allora la prima cosa, se mi consente, proprio in questa critica costruttiva, lei parla di atteggiamento di dialogo, allora prendo in buona fede questa sua dichiarazione, però non deve venirmi a dire nei fatti che alla pari della tradizione democratico-cristiana e quant'altro ci sono uomini che ha citato, che hanno grande rispetto, perché questo è disconoscimento della storia, non alla pari, mi consenta, la storia è storia! Allora lei ha citato Kessler, Odorizzi, Moro, Andreotti, Dalvit, mi stupisco che non abbia citato l'on. Berloff, il collega Di Puppò, che siede nella Giunta provinciale di Bolzano, sa che il suo amico, on. Berloff, è stato a lungo Presidente della commissione dei 19, allora tutti i nomi che lei cita come provenienti da altre culture, a cui riconosco il loro contributo per questo, sicuramente non sono alla pari, ma non per dire che ci sono più bravi e i meno bravi, ma perché la memoria storica ed i fatti storico-politici istituzionali di questi assetti autonomistici, dicono chiaramente per dare a Cesare quello che è di Cesare ed i Kessler, gli Odorizzi, i Dalvit hanno dato un contributo ineguagliabile, rispetto alla tradizione di cui si sono fatti interpreti nei confronti dell'autonomia e quindi non si può scrivere e dire che questo è alla pari.

Allora per mettere in campo le ragioni del dialogo, penso bisogna essere corretti con le ragioni della storia, ed ho appena parlato, corretti con le ragioni del diritto regionale, cons. Cogo, perché il diritto regionale ci dice che noi siamo l'unica realtà in Europa per la quale si verifica e si configura qui una singolare triade, nel senso che sullo stesso territorio regionale esistono di fatto tre enti autonomi, anche se qui sono chiamati province, comunque di fatto sono tre regioni, perché tutte tre hanno competenza legislativa, perché ciascuna delle tre, entro le proprie competenze ha dato vita in questi anni ad un armonico intreccio di legislazione, allora quando lei parla di legislazione strabica, non capisco più perché proprio la singolarità del nostro assetto autonomistico ha configurato questa triade ed il positivo, il peculiare, l'originale per quanto riguarda l'intera Europa e forse l'intero pianeta, è che su questo territorio regionale esistono di fatto tre enti autonomi, tre regioni, anche se due formalmente sono province e questo ha dato vita, in questi 50 anni di autonomia, ad un'armonica legislazione, avrà avuto anche momenti di difficoltà, però sicuramente molto più al positivo del negativo.

Allora chiarito questo, personalmente sono molto disponibile al dialogo, però evidentemente ho dato a Cesare quello che è di Cesare.

Allora ripercorro i tratti più salienti delle sue dichiarazioni programmatiche. Una prima domanda che mi viene, la prego di rispondermi, perché molte volte in queste dichiarazioni lei si è lasciata andare ad affermazioni

generiche, senza supportarle o da fatti o da atti o da dati, a pag. 4, dove in alto dice: "l'introduzione anche in Alto Adige/Südtirol di forme più avanzate di democrazia", che cosa vuole dire, per cortesia? Non mi risulta che ci siano forme più avanzate di democrazia, eventualmente sono ben lieto di impararlo.

Ancora a pag. 8 lei scrive: "Fu così che si giunse nel 1972 al varo del secondo Statuto, che individuava nelle due province autonome di Trento e di Bolzano i centri di attribuzione delle competenze". Non è vero collega Cogo, della maggior parte delle competenze, perché se fosse così stato la regione non sarebbe mai esistita, invece la regione si è vista riconoscere, con il primo statuto addirittura era titolare di gran parte delle competenze, anche di competenze sostanziali, gestionali, di forte spessore, ma anche con il secondo statuto si è vista la regione riconoscere competenze in particolare ordinamentali, ma anche in qualche caso non ordinamentali, di notevole portata.

Allora da questo punto di vista le province autonome di Trento sono centri di attribuzioni di una larga parte di competenze, ma non di tutte le competenze come lei ha scritto e come ha sottolineato fortemente nelle sue dichiarazioni programmatiche.

Veniamo al ruolo della regione. Lei scrive nel secondo paragrafo, a pag. 9: "Dopo i cambiamenti introdotti nel 1972, alla regione rimasero dunque poche marginali competenze gestionali", mi consenta, se è marginale la competenza gestionale del libro fondiario, io sono un cammello a 7 gobbe, perché la competenza del libro fondiario è una competenza gestionale, la più forte della regione, perché lei sa e lo vedrà direttamente quando sarà eletta Presidente della Giunta regionale, occupa più di tre quarti, se non vado errato, del personale della regione, quindi questa è una competenza gestionale di tutto rispetto, prova ne è che il partito di maggioranza assoluta nell'Alto Adige ha chiesto con forza da anni che vengano delegate le funzioni amministrative, guarda caso in materia di libro fondiario.

Capisco questo gioco, non lo condivido, ma è chiaro che una volta delegate queste competenze, che sono tutt'altro che marginali, di fatto la regione è assolutamente spoglia.

Prosegue poi lei dicendo: "La mancanza di competenze gestionali ha fatto venire meno l'attenzione della popolazione verso l'istituto regionale", poi riprende "le stesse forze politiche hanno con gli anni perso interesse verso il governo regionale".

Allora se la mancanza di competenze gestionali ha fatto venire meno l'attenzione della popolazione verso l'istituto regionale e quindi il fatto che ci siano poche competenze fa venire meno l'interesse, perché ne toglie ancora alla regione? Evidentemente perché vuole che questo interesse si annulli totalmente.

Allora se crediamo davvero nella regione lottiamo, magari è difficile oggi trasferire alla regione delle competenze, ma la battaglia facciamola se crediamo in questo ente, soprattutto negli assetti dell'autonomia tripartita, come prima ho ricordato.

"Minato il senso di appartenenza alla comunità regionale, venuta meno quasi del tutto l'esistenza di una opinione pubblica regionale, la regione è andata alla deriva e con essa l'attenzione rivolta al suo apparato amministrativo". Allora mi consenta, collana di sociologia di questi ultimi anni, "Specificità culturale di una regione alpina nel contesto europeo", queste sono ricerche sociologiche, su cui penso nessun collega possa avere dubbi. Allora si scrive in questa ricerca sociologica, sotto il capitolo: la valutazione dell'ente regione, la stragrande maggioranza degli intervistati è totalmente o prevalentemente d'accordo che la regione autonoma Trentino-Alto Adige sia un ente necessario per garantire l'autonomia del Trentino e poi l'altra domanda, se la regione può essere un ente a difesa reale dell'italianità della regione stessa, la stragrande maggioranza esprime il proprio accordo, anche se si tratta di un assenso ben più moderato rispetto a quello espresso, di fronte alla domanda precedente che ho testé citato.

Per concludere su questa ricerca sociologica, che è molto interessante, vorrei mandarla proprio a leggerla, penso che come Presidente designato di un ente come la regione lei deve tenere presente questo tipo di ricerca e di risultato, alla domanda: ritiene lei che la regione possa essere un ente a garanzia reale della pacifica convivenza fra i tre gruppi linguistici, ebbene la maggioranza degli intervistati, il 68,6% esprime il proprio accordo.

Alla luce di questi dati, mi permetto di confutarle fortemente l'affermazione che è minato il senso di appartenenza alla comunità regionale, i trentini e gli italiani dell'Alto Adige - mi congratulo con l'intervento che ha fatto il collega Urzì, proprio su alcuni passaggi di questo tipo - sono fortemente legati non solo per storia, tradizione e cultura all'ente regione, ma perché hanno a cuore le sorti, non soltanto le loro, ma quelle degli assetti autonomistici secondo il sistema tripolare che lo statuto del 1948 e successivamente quello del 1972 hanno disegnato.

Allora da questo punto di vista, collega Cogo, prima di arrivare al paragrafo relativo all'instabilità politica del Trentino, laddove nelle ultime righe del paragrafo precedente scrive: "La regione, nella sostanza, esiste ormai quasi solo nella lettera dello Statuto", allora se è così, perché lei le sottrae tutte le competenze che le sottrae? Deleghe in materia di fondiario e cooperazione, magari anche di camere di commercio e competenze in materia elettorale, che cosa resta a questa regione? Se davvero vogliamo rivalutarla e valorizzarla, evidentemente bisogna fare il processo inverso.

Veniamo al paragrafo relativo all'instabilità politica del Trentino. Da questo punto di vista lei afferma, ad un certo punto, che il permanere delle competenze elettorali in capo alla regione, si sta rivelando, a pag. 12, quantomeno poco funzionale all'obiettivo di dotare ciascuna delle due province del sistema di regole ad esso più congegnale. No, collega Cogo, è proprio il contesto regionale che evita l'eccessiva divaricazione fra le due province, perché se do la competenza elettorale a ciascuna delle province, chi mi garantisce domani che le minoranze, per esempio quella italiana in Alto Adige, quella ladina in provincia di

Trento non siano discriminate? E' solo il quadro regionale che me lo garantisce chiaramente, rivitalizzato dentro le sue competenze, chiaramente riaggiornato, perché la regione non solo può essere un ente capace di essere interprete oggi, tutore ancor più forte di ieri dell'autonomia se riattualizzata, ma addirittura ponte culturale verso l'Europa, come molti hanno dimostrato, in maniera molto più autorevole della mia.

Ancora lei scrive "le due province sono ancora formalmente considerate enti subordinati alla regione, cosicché le elezioni dei consiglieri provinciali avvengono passando attraverso l'elezione del Consiglio regionale, il tutto con un vincolo proporzionale sul sistema elettorale, che riguarda anacronisticamente entrambi i collegi provinciali". No, autonomia ci dice, lei lo sa, che ciascun ente è sovrano al suo livello, quindi la regione non è la sommatoria delle due province, come di fatto lei dice chiaramente di voler arrivare, ma questo è contro gli assetti autonomistici di oggi e probabilmente non è un caso che lei proponga quindi di modificare lo statuto, proprio per arrivare a questo, ma questa non è l'autonomia tripolare, che ha disegnato il legislatore del '72, ma a parte le motivazioni giuridiche quello che è stato e che è nato dentro le radici storiche che ho ricordato, l'autonomia dice che ciascun ente, regione, provincia di Trento, provincia di Bolzano, sono sovrani all'interno e nel loro livello e quindi questo aspetto tripolare dell'autonomia va particolarmente ribadito.

Se mi consente, il discorso sul vincolo proporzionale non è fondato il ragionamento che lei fa, perché sa che la corte costituzionale, nella famosa sentenza, che ha pronunciato e pubblicato qualche settimana prima del voto del novembre scorso, ha detto che il proporzionale vale per i ladini, ha detto questo, non solo, ma ha detto in sostanza non ha bocciato il sistema proporzionale, se non ricordo male la sentenza, ma ha detto che va bocciato nella parte in cui non tutela sufficientemente, nel caso di specie, la minoranza ladina, sostanzialmente giustamente facendosi interprete di quelli che sono i principi ispiratori, anzi il denominatore comune che ha ispirato lo statuto, che è quello della tutela delle minoranze linguistiche nel Trentino-Alto Adige.

Proseguendo nel suo ragionamento, sempre all'interno di quel paragrafo, Presidente designata, lei ad un certo punto fa un ragionamento di questo tipo, a pag. 13, la riforma elettorale è necessaria ed urgente, senza riforma elettorale non ne veniamo più fuori. Allora guardi, chi le parla e lei lo sa, ha presentato la scorsa legislatura un disegno di legge, che ha sottoscritto anche il collega Delladio, che prevedeva non solo la soglia di sbarramento, ma anche un premio di maggioranza per garantire ad un'intera legislatura governi stabili, anzi mi pare che prevedesse anche un premio di coalizione.

Quindi credo fortemente nella rivisitazione del sistema elettorale e credo in un sistema elettorale che garantisca governi stabili, o in un tipo o nell'altro. Mi consenta, non è sufficiente riformare il sistema elettorale e se non crede a me, creda ai fatti nazionali. Adesso lei mi dica, se il sistema elettorale,

che è in vigore da qualche anno, a livello nazionale sulla base del quale abbiamo anche votato nelle ultime elezioni politiche, garantisce una maggioranza.

Allora bisogna che la riforma del sistema elettorale, certamente necessaria, si accompagni ad una riforma dei modi della politica, ad una riforma politica per cui deve nascere dal basso, altrimenti nasce l'UDR di turno per ricordare l'esempio nazionale, ma potrebbe nascere qualsiasi altra cosa, quindi da questo punto di vista non condivido una così certa concezione che ha certa parte politica, in modo particolare quella nella quale lei si riconosce, cioè che la riforma elettorale sarebbe la panacea di tutti i mali.

La riforma elettorale è un primo, necessario passo, ma se ad essa non si accompagna una riforma della politica, la instabilità dei governi sicuramente si accompagnerà ancora alle pur necessarie riforme elettorali.

Per quanto riguarda poi il ragionamento successivo, nel quale lei sostanzialmente dice a pag. 14 "la strada da percorrere non potrà che essere quella di attribuire la competenza elettorale ai due Consigli provinciali, prevedendo che il Consiglio regionale risulti dalla sommatoria dei due Consigli provinciali". Le ho già dimostrato che in questo modo la regione è delegittimata, sia dal punto di vista storico, sia dal punto di vista politico, sia dal punto di vista giuridico. Lei mi dirà: giuridico non lo sarà, perché modifico lo statuto, però guardi che in questo modo ciò vuol dire chiusura della regione.

Sugli enti locali è il caso che ci soffermiamo, collega, perché lo abbiamo detto più volte, soprattutto a tutela dei comuni piccoli, noi crediamo che le unioni di valle siano importantissime e non è una questione politica, non abbiamo niente da spartire con gli enti intermedi, nel senso che voi ritenete, non è questo, riformiamo radicalmente se volete i comprensori, va benissimo, anzi sono per questo, ma le unità di valle sono importantissime, soprattutto per tutelare i piccoli comuni e soprattutto visto che da noi ci sono molti più comuni che in Alto Adige, proprio dove ci sono più comuni è necessario che questi possano riacquistarsi nelle unioni di valle, proprio perché queste unioni di valle diventano non solamente momento di sintesi politica, ma momento di sintesi di capacità di programmazione dal punto di vista della politica del territorio, dal punto di vista economico, dal punto di vista dello sviluppo in generale della comunità e anche delle politiche sociali.

Concludendo quel paragrafo, lei collega Cogo a pag. 15 dice: "appare ormai evidente, quindi, che tali competenze sarebbero meglio gestite se fossero assegnate direttamente alle due province".

Lei svuota la regione, però le dico questo, se noi assegniamo le competenze direttamente alle province, come lei prevede, questo anziché aiutare la pacifica convivenza fra i gruppi linguistici diversi, sarà destinato ad esacerbare le divisioni ed i contrasti. Lo abbiamo visto in tante vicende, allora condivido l'assetto totalmente opposto, proprio anche per evitare questo esacerbarsi dei contrasti e delle divisioni.

Per quanto riguarda il paragrafo "Il mutato quadro nazionale e Internazionale", le dico subito che la ritengo molto pertinente l'analisi sociologica che sostanzia questo paragrafo, per cui mi permetto di saltarlo a piè pari, sostanzialmente questo paragrafo è contrassegnato ad un'analisi sociologica, che ritengo pertinente, e vengo al paragrafo, da pag. 19 in avanti che parla di nuovo legame fra il Trentino e Alto Adige/Südtirol.

Lei dice che c'è in sostanza una formidabile avanzata del processo di integrazione europea, che questo fornisce l'impulso a cercare di rafforzare l'alleanza fra le sue province di Trento e di Bolzano, ma si scontrano con l'impossibilità di individuare nell'istituto regionale l'ente al quale assegnare le competenze, la cui potestà è oggi in capo alle due province. Allora lei dice che è impossibile assegnare competenze che sono delle province alla regione, va bene, può darsi che sia, io dico comunque se crediamo nella regione facciamola la battaglia per assegnare nuove competenze alla regione, ma non solo, siccome ciò è impossibile, la spogliamo anche di quelle che ha, allora via la competenza elettorale, avanti con le deleghe sul fondiario, sulle camere di commercio e sulla cooperazione.

Ho già ricordato i tratti storici assolutamente dannosi di questo tipo di decentrare e di assegnare le deleghe.

Proseguendo, "ci fa però apparire chiari non solo i motivi per i quali è necessario ed urgente mettere mano alla carta fondamentale della nostra autonomia, cioè lo statuto, ma in qualche modo ci indica già la strada che bisognerà seguire per riuscire ad offrire una risposta corretta ed efficace ai problemi sollevati. Oggi, a distanza di cinquant'anni dal varo del primo Statuto, paiono maturi i tempi - questa è un'offesa a noi trentini - per dare vita ad una nuova fase dell'esperienza autonomistica, fondata da un lato sul pieno riconoscimento dell'autonomia trentina, che dovrà essere garantita al di là del solo aggancio con Bolzano, e dall'altro lato sul definitivo superamento per l'Alto Adige/Südtirol dello status di autonomia a sovranità limitata, così come da sempre rivendica il gruppo di lingua tedesca".

Allora, se non ho capito male, cons. Cogo, questo vuol dire autodeterminazione per l'Alto Adige, allora le chiedo perché non anche autodeterminazione per il Trentino. Allora autodeterminazione per il Trentino certo, però dentro il quadro regionale, collega Leitner, anche perché questo non sarebbe possibile, lei lo sa meglio di me, sia giuridicamente, sia politicamente, allora sempre con riferimento all'analisi sociologica che dicevo prima, sempre questa specificità culturale a cui ho fatto riferimento, dice che, le cito testualmente, Presidente designata, "il Trentino ha significativi elementi di specificità che lo configura come parzialmente distinto dal resto d'Italia - ed aggiunge questa ricerca - né le differenziazioni territoriali, né quelle tra diverse condizioni sociali pongono in questione l'esistenza di tali specificità".

Allora questo vuol dire che, se di autodeterminazione dell'Alto Adige parliamo, ci sono tutti gli elementi, non solamente storici e culturali, ma anche giuridici, per fondare l'autodeterminazione anche del Trentino.

Allora cos'è l'esito a cui arriva proseguendo con le sue riflessioni? Dice in sostanza che la collaborazione tra le due province sulle materie di comune interesse, dovrà avvenire nell'ambito della cornice regionale - quale a questo punto io mi chiedo, perché la regione non ci sarebbe più - secondo le modalità stabilite dal nuovo statuto, parliamo di libera collaborazione. Davvero collega Cogo lei crede che a questo punto la collaborazione della regione sia libera? Che cosa resta a quel punto della regione? Non resta nulla.

Ancora avanti dice "questioni che andranno certo codificate in modo vincolante nel nuovo Statuto, ma che non potranno vedere nella regione un ente sovraordinato che impone soluzioni dall'alto". Allora lei mette, collega Cogo, nuove modalità, ma non mette nuove competenze. Allora quali competenze nuove da questo punto di vista io chiedo ed invece bisognerebbe battersi per questo, magari sarà difficile, forse sarà impossibile, ma prima si tenta la battaglia politica, se si crede alla regione.

Poi lei porta alcuni assunti della commissione bicamerale, purtroppo in gran parte è franata, avrei preferito molto di più l'assemblea costituente, ma qui andiamo in ambiti che non ci spettano, "si dovrà in sostanza ribaltare l'attuale assetto tripolare dell'autonomia - concludo subito Presidente, vedo che lei sta svolgendo benissimo le sue funzioni, d'altronde dopo settimane che si aspetta di presiedere l'assemblea capisco che uno si prepari bene - prevedendo che la regione Trentino-Alto Adige/Südtirol - sia costituita dalle due province autonome" allora questa è la morte della regione, perché la regione non è la sommatoria delle due province, ma è l'ente comprensivo per le sue competenze ordinamentali.

Presidente, concludo velocemente, purtroppo avevo altre cose da dire, ma non c'è il tempo, lei fa bene a ricordarlo, il paradosso è, collega Cogo, primo che lei dice di svuotare la regione di queste competenze e poi propone come numero di assessori gli stessi di quelli uscenti, almeno coerentemente una volta svuotata la regione si riducano gli assessorati, perché a questo punto, se la competenza elettorale non c'è più, se le deleghe che abbiamo prima ricordato, fondiario, catasto, cooperazione non ci sono, facciamo le giunte corte.

Allora lei dice di aver cambiato vestito alla regione, no, collega Cogo, lei l'ha denudata la regione, lei ha ridotto la regione a pornografia politica, perché a questo punto non ha più competenze la regione, non le ha cambiato vestito, questo è regione denudata e l'ha messa in liquidazione, quindi contro questa svendita di fine regione personalmente non ci sto. Grazie Presidente.

**PRESIDENTE:** La parola al collega Seppi

**SEPPI:** Quali che siano i motivi che hanno spinto la Presidente di Giunta in pectore, dott.ssa Cogo, a formulare una relazione programmatica di tal fatta, essa

penalizza talmente l'istituzione regionale e mina alla radice i motivi stessi su cui costituzionalmente si regge ed ha ancora motivo di fondarsi, che la nostra risposta, benché maturata nel contesto di un'analisi obiettiva, e con un notevole sforzo di comprensione in ogni suo dettaglio, non può che essere giudicata fortemente negativa sotto ogni punto di vista.

Ma non solo negativa in quanto noi, riconoscendoci evidentemente in un'opposizione che non si allinea ai dettami di questa maggioranza, abbiamo l'obbligo di contestarla e di trovare comunque in essa dei motivi, se non di totale disaccordo almeno di discussione, ma proprio perché è una relazione che dimostra in toto l'interesse sfacciatamente di parte in essa volutamente manifestato, che va quindi al di là dei reali dettami di una, secondo noi, corretta gestione degli interessi economici, ma soprattutto ideali, storici, politici e tradizionali di tutte le parti chiamate direttamente o indirettamente in causa nell'istituto regionale.

La sua relazione non costituisce l'analisi obiettiva e al di sopra delle parti della reale situazione in atto nella nostra regione, che quindi creerebbe le giuste e imprescindibili basi per una discussione politica fra chi si può ritenere più o meno avvantaggiato o svantaggiato nel suo epilogo rappresentato ovviamente nel programma di questa Giunta, ma è invece il frutto di chi parte da una soluzione spudoratamente di parte e, tentando impunemente di giustificare un programma di Giunta aberrante e ad interesse esclusivo del gruppo etnico tedesco di Bolzano e del suo partito di raccolta, costituisce una relazione ad hoc per portarci dove il relatore aveva già a priori deciso di arrivare. Sistema questo certo non nuovo alla sinistra che lei degnamente e sotto questo profilo anche coerentemente, rappresenta in quest'aula e che già in passato come nel presente è sempre stato una caratteristica di una certa area politica nella quale lei si riconosce, maestra nel partire dalla soluzione a essa più gradita per costruire, a ritroso le motivazioni e i ragionamenti che, seguendo una logica distorta, ma nella sua consistenza pur sempre logica, benché perversa, riescano a portare gli sprovveduti a convincersi che a tali determinazioni finali si è giunti per una dettagliata e obiettiva analisi.

Tentativo evidentemente mal riuscito visto che le critiche alla Sua presa di posizione, dott.ssa Cogo, hanno già portato, lo stesso giorno della sua esposizione in aula, a chiari e inequivocabili segnali di protesta pesantissimi, con indicazioni al Commissariato di governo che giungono non dalla destra sociale più radicale e tradizionalista, che le appoggia del resto in pieno, ma anche da partiti del centro destra che hanno solitamente posizioni meno determinate delle nostre: evidentemente anche per i più moderati vi è un limite e il senso del vero e della ragione non possono per nessun motivo, quando si ha la presunzione e l'ardire di costruire il futuro delle nostre genti, sulla spudoratezza partigiana di simili assurde tesi, passare inosservate e impunite.

E questo umanamente oltre che politicamente ci conforta; evidentemente non solo la mia schiena è stata oggetto di seri e inconsci brividi mentre lei leggeva la sua relazione programmatica, ma anche quella di altri

colleghi, forse catalogabili come più moderati nel loro atteggiamento politico, ma logicamente quanto me sensibili al futuro di tutte le nostre comunità regionali e pronti alla immediata reazione quando lo stesso viene seriamente messo in discussione.

Vede dott.ssa Cogo, io non posso solo pensare alle peculiarità della mia terra, che chiaramente si chiama Alto Adige e non Sudtirolo o ancora peggio Südtirol, come lei ama chiamarlo, sia chiaro questo, quando siedo nei banchi del Consiglio regionale rappresento l'Alto Adige, ma devo farmi interprete anche delle ragioni dei trentini, cittadini italiani quanto gli altoatesini e degni della massima attenzione politica, perché anch'essi, assieme a tutti gli italiani dell'Alto Adige, non possono non intravedere nel suo programma, seriamente compromesso il loro futuro di residenti in una regione autonoma.

Io non sono un autonomista convinto, specialmente quando questo istituto crea le basi per discriminazioni e per regimi di fatto assolutisti come è oggi l'Alto Adige, alimentati non solo da governi monocolori e addirittura monoetnici, ma anche da normative aberranti come la proporzionale ed il bilinguismo obbligatorio ad ogni livello che hanno ridotto la nostra terra e la nostra gente a sottostare a continue discriminazioni per l'acquisizione di case e lavoro, ed hanno costretto migliaia di italiani ad abbandonare l'Alto Adige ed hanno posto le basi per la ormai prossima creazione di uno Stato nello Stato, in cui la costruzione di muri e di divisioni etniche è indirettamente proporzionale al crollo degli stessi in ogni parte dell'Europa e del Mondo.

Ma volendo sforzarmi di entrare se pur solo per un attimo nella logica autonomista della provincia di Trento e non mi è difficile essendo anch'io trentino da parte di padre, dove non esistendo i negativi presupposti sopra accennati per quanto riguarda gli italiani di Bolzano, la stessa può essere anche vista in positivo per gli indubbi vantaggi economici che essa comporta, sempre che non si voglia entrare nel merito di un più ampio e nazionale senso di giustizia sociale dal quale io non riesco ad esulare e per il quale qualcuno dentro o fuori di quest'aula mi dovrebbe spiegare perché nostri connazionali, veneti, lombardi, emiliani o laziali debbano ottenere dallo stato da un terzo ad un quinto delle risorse che riceviamo noi, mi devo permettere di sottoporle questa analisi:

- al di là di qualche sperduto e sparuto numero di appartenenti trentini al Corpo paramilitare o meno degli Schützen, vero ed unico esempio di assurdo nostalgismo fuori tempo massimo in qualsiasi caso, ma specialmente ridicolo sul territorio della provincia di Trento,
- al di là di poche migliaia di trentini appartenenti al gruppo ladino nella valle di Fassa che costituiscono un'importante minoranza etnica sotto il profilo culturale e storico, ma il cui numero esiguo è paragonabile ad altre minoranze presenti sul territorio nazionale in province o regioni che non hanno per questo ottenuto e mai otterranno l'autonomia,

- al di là della vicinanza geografica con la provincia autonoma di Bolzano, dove esiste un gruppo etnico tedesco in netta maggioranza numerica su quello italiano e un gruppo linguistico ladino che conta numericamente molti più cittadini, la sua peculiarità dell'Alto Adige di essere terra di confine, può ancora giustificare, non sicuramente ai miei occhi, ma a quelli dell'Europa, l'esistenza di uno statuto di autonomia,
- al di là quindi di queste quasi insignificanti realtà socio-culturali del tutto trascurabili, che giustificazioni e che profonde motivazioni può ancora avere il Trentino per essere autonomo se non più collegato tramite l'istituto regionale all'Alto Adige?

Io francamente non ne vedo, potrei sbagliare, ma ritengo e ne sono perfettamente convinto che, se la provincia autonoma di Bolzano, seguendo logiche per me assurde, ma basate comunque su dati di fatto esistenti, potrà godere anche in futuro dell'autonomia, la provincia di Trento, non più legata a quella di Bolzano in un'istituzione più importante che è la regione, non avrà più motivo alcuno di pretendere e di continuare ad essere una provincia autonoma, cosa questa considerata gravissima da tutti i cittadini del Trentino che vedrebbero svanire come neve al sole tutti i loro diritti e tutti i quattrini che lo Stato consegna ogni anno nelle mani del governo locale.

E quindi, dott.ssa Cogo, la sua relazione è dretutto contraria agli interessi dei trentini che conoscono fino in fondo i vantaggi dell'autonomia provinciale e che non sono solo quelli che alle elezioni hanno votato per il PATT o per altre forze politiche autonomiste, ma anche per lei e per la sua area politica dando evidentemente per scontato che nessuno avrebbe portato avanti tesi così azzardate da mettere in discussione il futuro della regione e conseguentemente l'autonomia della provincia di Trento.

E del resto, come già evidenziato, non è nemmeno negli interessi del gruppo etnico italiano dell'Alto Adige, verso il quale lei non fa alcuna analisi costruttiva, ammesso che si riprometta uno studio della situazione attuale e non si soffermi su puri fatti storici, anch'essi non esenti da condizionamento e da letture di parte, e non affonda alcuna considerazione sui problemi veri, oltremodo gravissimi e inderogabili.

Mai sentito parlare dott.ssa Cogo del disagio degli italiani? Lo considera un mero piagnisteo frutto della strumentalizzazione di qualche partito nazionalista o ritiene che dietro ad esso si possano nascondere delle serie motivazioni che non dovrebbero essere trascurate da una analista che si ripromette di modificare politicamente gli assetti regionali e provinciali e conseguentemente di intaccare i più elementari concetti di convivenza che dovrebbero auspicabilmente consentire parità di diritti e di doveri per tutte le componenti della realtà regionale?

Nemmeno sfiorata, dott.ssa Cogo, dal dubbio che debba essere la meritocrazia alla base di ogni assunzione nel pubblico impiego e non

l'appartenenza a questo o quel gruppo etnico, come prevede l'assurda norma della proporzionale etnica che lei invece supporta e sostiene?

Nemmeno impensierita in maniera sfuggevole dal fatto che in provincia di Bolzano per fare le pulizie in un ospedale o per essere bidello in una scuola italiana serva essere perfettamente bilingui?

Nemmeno lontanamente dubbiosa sugli effetti di norme che hanno costretto medici della levatura scientifica e professionale del prof. Scienza ad abbandonare l'ospedale di Bolzano perché non in regola con il patentino?

Del tutto indifferente al fatto che i primariati vengano suddivisi fra italiani e tedeschi in base all'appartenenza linguistica e non solamente alle reali capacità degli aspiranti come accade in ogni forma di società civile e attenta alle esigenze di tutti i cittadini?

Non si è mai chiesta, dott.ssa Cogo, perché in Alto Adige gli italiani sono in continuo calo, ben al di sopra di puerili motivazioni dovute alla diminuita natività, ma sicuramente creata dalla mancanza di posti di lavoro per il nostro gruppo etnico, che non sa il tedesco, anche quando esser bilingui non è fondamentale o che quando lo sa si trova le porte sbarrate perché al suo gruppo e al di là dei suoi meriti professionali non è attribuito alcun posto di lavoro?

E in risposta a ciò non si è mai domandata perché non si voglia l'immersione scolastica e l'insegnamento delle due lingue fin dalla scuola materna e ci sia forte opposizione politica in questo senso, proprio da parte dei suoi prossimi principali alleati di Giunta?

Questi non solo pochi aspetti della grave situazione in Alto Adige per il gruppo etnico italiano che ha assolutamente bisogno di tutela quale gruppo minoritario provinciale e che solo nella regione poteva riporre ancora qualche flebile speranza se la stessa, consapevole fino in fondo del suo ruolo di arbitro fra i vari gruppi etnici della nostra regione, avesse voluto svolgere il suo importante ruolo non ripromettendosi di cedere altre importanti competenze e di svilire il suo intimo significato politico e amministrativo, ma al contrario riprendendo coraggiosamente in mano la situazione con una inversione di tendenza totale rispetto a quanto previsto dal suo programma, ma ci vuole coraggio, dott.ssa Cogo.

Ecco quindi che le sue cosiddette dichiarazioni programmatiche del resto stigmatizzate in maniera negativa addirittura dalla sinistra altoatesina, da sempre molto più ben disposta verso lo SVP di quanto il partito tedesco merito, suona inesorabilmente come un De Profundis per l'istituto regionale e segna la volontà politica di bruciare sull'altare di una diabolica alleanza politica fra la sinistra trentina e lo SVP, l'immediata fine della auspicata giustizia sociale fino ad ora mai raggiunta fra italiani e tedeschi in Alto Adige, minando seriamente la possibilità del Trentino di rimanere anche nel futuro una provincia autonoma.

Questo in estrema sintesi quello che lei ha relazionato.

Allora se questo è il risultato pratico del suo programma: completamente avverso ad una assunzione di consapevole e matura

responsabilità politica sul futuro della regione e colpevolmente assente in una fase storica che avrebbe dovuto prevedere ben altri scopi e funzioni, non solo alla massima istituzione locale, che aveva bisogno di risorgere e non di essere sepolta sotto l'ignavia e l'incapacità di questa classe politica, che rappresenta solo se stessa e non le esigenze degli elettori e dei cittadini, ma anche nel dare certezze e speranze a tutti i trentini e gli altoatesini.

Quale prossima Presidente di questa Giunta regionale non le faccio augurio alcuno, né a lei, né ai suoi assessori, che seguendo la metodologia della prima Repubblica, diminuiscono di competenza i compiti, ma non di numero e che anche in questo non dimostrano differenza sostanziale nell'intendere la politica dei loro predecessori, che, malgrado fossero gonfi di arroganza e di difetti politici e fortemente colpevoli della svendita degli interessi storici, ideali ed economici degli italiani dell'Alto Adige, erano sicuramente migliori di voi, perlomeno nessun politico di quell'area, con incarichi istituzionali di massimo rilievo, aveva mai proposto l'adozione di bambine a coppie di lesbiche o omosessuali.

Sono convinto, dott.ssa Cogo, che essere governati e rappresentati a livello di Giunta da partiti politici e da gruppi di pensiero, figli illegittimi di coloro che inneggiavano a Mao Tse-Tung negli anni '70 e si imbeveravano il cervello di libretti rossi sdraiati sul divano di casa, bevendo Coca Cola, mentre il feroce dittatore cinese giustiziava migliaia di connazionali ed altri morivano di fame e stenti per la sua dissennata politica economica, sia la più grossa disgrazia che poteva cadere sul capo degli inermi cittadini del Trentino-Alto Adige.

Considero questo programma di Giunta, ma mi permetta un giudizio personale, ma giuro che ci credo, una disgrazia superiore, una pestilenza e mi opporrò sempre e comunque a questa drammatica situazione politica, in cui famiglie di lavoratori, contadini, artigiani e pensionati sono in balia degli eventi e posti nelle mani di politici pseudoitaliani incapaci e supini ad alleanze assurde e di bottega,

Il vero e unico scopo che spinge la sinistra trentina verso l'eliminazione totale della regione, è quello di far piacere allo SVP ed ai desideri di questi malcelati di autodeterminazione o comunque della trasformazione dell'Alto Adige della provincia italiana ad uno Stato nello Stato. Questa politica ipocrita e sacrilega, che non tiene il minimo conto degli interessi ideali, avete un monumento a Cesare Battisti, che basta uscire da quest'aula per vederlo e le giuste aspirazioni degli italiani dell'Alto Adige e del Trentino, ma che anzi le affossa ignobilmente, deve essere immediatamente contrastata ad ogni costo, viene infatti messo in discussione il nostro futuro, la nostra permanenza in una terra che ci appartiene di fatto e di diritto, il nostro senso profondo di appartenenza all'Italia.

Le inammissibili svendite di fine stagione, volute da lei dott.ssa Cogo, succube secondo me dei voleri dello SVP, sono un pericolo reale, davanti al quale non possiamo assolutamente rimanere inermi, né come cittadini, né come politici. La necessità di reazione è talmente ovvia da parere inequivocabile.

Le giustissime motivazioni che animano vivacemente la protesta, verso una relazione che appare come dettata alla Cogo dallo SVP, ci manifestano che sia in diverse direzioni, magari contrastanti e quindi di dubbia efficacia, la destra che non si arrende, quella che ha ancora speranza di sopravvivenza per la comunità italiana dell'Alto Adige, non può assistere inerme alla fine di ogni nostra speranza e deve assolutamente trovare il modo di reagire in maniera compatta.

Il grido di allarme, che quindi mi sento in dovere di lanciare al di sopra di ogni divisione politica di parte ed a prescindere in questo caso da ogni differenziazione ideologica di non poco conto, fra noi ed il centro-destra, è uno solo, forte e disperato, dobbiamo immediatamente unirici in questa battaglia, dobbiamo da subito costruire una strategia politica atta a fermare la volontà devastatrice messa in atto dalla sinistra, per eliminare ogni traccia di italianità dell'Alto Adige, perché dobbiamo convergere in un'unica unità di intenti attorno alla assoluta ed inderogabile necessità di difesa della nostra gente, delle nostre tradizioni, della nostra storia.

Il mio appello non vuole essere, né costituire demagogia, il tempo della demagogia, delle diversità è momentaneamente sospeso, troviamo sfruttamento o comune denominatore per sconfiggere la furia devastatrice che sta per abbattersi su di noi, perché sono fermamente convinto che, se non lo facciamo subito saremmo sopraffatti, non avremo svolto le nostre funzioni politiche, non avremmo risposto alle sollecitazioni della nostra comunità, non avremmo nemmeno più il diritto morale di rappresentare la nostra gente. Chi riterrà opportuno muoversi da solo, con la presunzione assurda e magari giustificandosi con questioni di imbecilli principi e non troverà necessario ascoltare il nostro appello, sappia che si assume una responsabilità politica gravissima, perché nessun momento della storia della nostra provincia e della nostra regione e della nostra comunità italiana è stato così messo in seria discussione. Grazie.

**PRESIDENTE:** La parola alla cons. Zendron.

**ZENDRON:** Grazie Presidente. Come è noto, il gruppo Verde farà parte della maggioranza che si appresta a governare questa regione. Vorrei spiegare oggi le ragioni di questa nostra posizione e vorrei stabilire alcuni punti che mi sembra importante divengano e siano anche per il futuro dei punti su cui si dovrebbe, a mio parere, svolgere il dibattito, perché la ragione prima della partecipazione dei Verdi alla maggioranza, come credo tutti sappiano, ma è giusto ribadire nell'assemblea legislativa della regione, è la partecipazione soprattutto al progetto di riforma che ci si è posti come primo punto di programma, siglato a parte, su cui c'è un accordo specifico tra le forze che parteciperanno.

Vorrei dire che i Verdi per molti anni in passato hanno avuto verso la regione un atteggiamento anche di sostegno, hanno votato a favore delle maggioranze, salvo nell'ultima legislatura, dove il comportamento della maggioranza era tale da non permettere più di dare il proprio sostegno e questo

atteggiamento del gruppo alternativo verde, che ha cambiato nome nelle legislature che si sono susseguite, era dovuto al fatto che esisteva nel movimento politico che rappresento, una forte convinzione che l'assoluzione istituzionale che si è trovata nel corso dei decenni, con molta fatica e che incarna istituzionalmente l'autonomia, era una soluzione che era fin dall'inizio volutamente regionale.

Ho sentito oggi l'appello di Eva Klotz, rivolto ai colleghi dello SVP: i vostri genitori non hanno lottato per la regione. Io credo che, indipendentemente dalle posizioni, che erano anche diverse, perché c'erano i Zallinger, gli Amonn che in realtà non hanno lottato contro la regione, ma l'hanno accettata e hanno lavorato per la regione, credo al di là dell'emozione che in realtà si è lavorato, si è voluto e si è accettato la regione. Credo che meno che mai in situazioni di convivenze, di gruppi, popolazioni e persone che hanno emozioni diverse, meno che mai, ma in generale comunque, si può fare politica nelle istituzioni sulla base delle proprie emozioni, perché le emozioni di Eva Klotz, di Morandini, di Wanda Chiodi e le mie sono sicuramente emozioni molto differenti e quindi è necessario invece che alla politica delle emozioni e del gridare la propria rabbia, o dispiacere o i propri desideri, si sostituisca invece una politica della ragione o delle ragioni.

E' queste che credo oggi si sta cercando di mettere insieme, delle ragioni minime con cui si può costruire qualche cosa di nuovo, prescindendo dai propri desideri o da quelli che certe volte non sono desideri, ma sono programmi politici, urlati così forte, che alla fin fine rintonano nelle nostre orecchie a tal punto che siamo noi stessi convinti, pur non essendolo fino in fondo se ci pensiamo in un momento di calma e tranquillità.

E' per questo che voglio dire che entriamo in questa maggioranza e condividiamo questo progetto con cautela e non ci nascondiamo il timore della difficoltà del compito a cui vogliamo partecipare, che vogliamo portare avanti non dimenticando che ci sono molte voci diverse all'interno della maggioranza e all'interno della minoranza, perché trattandosi di un compito di riforma istituzionale e costituzionale, chiaramente la maggioranza non può altro che essere trasversale e molto ampia - questo è un primo punto che voglio affermare e che giustifica la nostra presenza - non si possono modificare le istituzioni senza un'amplissima maggioranza.

Per quello che riguarda la mia provincia, anche se mi sento appartenente in qualche modo ad una comunità regionale, forse perché ho un padre di origine trentina, però non credo sia solo quello, credo che se uno davvero vive senza preconcetti, riesce a percepire che esistono legami forti, che uniscono, pur essendo noi più sudtirolesi o più trentini o anche più tirolesi, ci sono legami forti che ci uniscono con le persone e con i territori che stanno a noi vicini. Sono legami storici, ma sono legami di carattere ecologico, ambientale, culturale, ci sono tante ragioni e tante occasioni per cui noi, anche per ragioni private ci spostiamo, abbiamo conoscenti, amici, persone con cui lavoriamo.

Quindi una ragione importante della nostra partecipazione è il fatto che siamo contrari a tagliare dei legami che esistono da tanto tempo e comunque

sono ancora oggi vivi ed esistenti. Chi ha seguito la politica anche nella scorsa legislatura, ma anche due legislature fa, può capire che non mi allontano dalla verità nel dire che ho esercitato personalmente con il gruppo Verde un ruolo molto forte di difesa della regione, contro progetti avventuristici, anche come quelli del primo statuto di euroregione, che era lesiva della Costituzione, che poi è stata bloccata, proprio perché era disegnata come un ente sovraordinato e qui oggi mi meraviglio sentire dire che la regione non debba essere un ente sovraordinato, quando due anni e mezzo fa, proprio dal Trentino è venuta questa proposta di statuto di euroregione che era sovraordinata rispetto alle due province, mentre la regione non può esserlo e non riesco a comprenderne la ragione.

Penso poi ad un pari ordinamento della regione, ma su questo ritornerò più tardi.

Chi conosce questo atteggiamento conservativo dei Verdi rispetto alla regione, si chiede giustamente legittimamente perché noi vogliamo adesso partecipare ad un processo di rinnovamento, questo è più facile da spiegare, credo che si debba cambiare, perché chiunque conosca il funzionamento della regione, delle istituzioni attuali della regione si accorge che ci sono tante cose che non funzionano.

Crede però che non sia neanche giusto partire con un atteggiamento di cambiare tutto noi, facciamo la rivoluzione, facciamo una nuova architettura, cambiamo tutto, per due ragioni, perché la crisi della regione a mio parere è in parte da attribuirsi anche ai problemi di maggioranza, quindi a problemi politici, prima ancora che istituzionali, o insieme anche istituzionali, cioè l'instabilità politica che ha caratterizzato soprattutto la componente trentina nella scorsa legislatura, ma in parte anche quella del Sudtirolo, ha fatto sì che ci fossero dei cambiamenti di maggioranza poco trasparenti e che hanno contribuito a logorare la regione, ci sono anche delle persone che facevano parte della maggioranza e che hanno contribuito a questo logoramento che oggi dicono: 'difendiamola', ma di fatto nei loro comportamenti a suo tempo non l'hanno difesa.

Crede sia molto importante dire alcune cose che ci possono aiutare a superare anche dei modi diversi di vedere le cose all'interno della maggioranza, perché questo è una prova che facciamo di vedere se siamo in grado di arrivare ad un punto comune.

Una cosa forse va detta molto semplicemente per chiarezza. Prendiamo come nostro punto di partenza e come nostro limite i documenti che abbiamo firmato, c'è stata una lunghissima discussione per produrre alla fin fine poche carte, un foglio dal titolo: "Premessa politica istituzionale per l'accordo di coalizione per la regione", in cui si definisce un percorso per la modifica con dei limiti ben precisi, un percorso in parallelo tra la delega di funzioni amministrative e l'esercizio di nuove funzioni da parte di una regione, che poi dovrebbe diventare nuova.

Questo è quello che abbiamo firmato, questo è quello che noi ci atteniamo. Se poi qualcuno vuole legittimamente andare in una direzione diversa,

credo questo costituisca un limite, perché questa è la base dell'accordo che unisce le forze che compongono la maggioranza.

Vorrei dire che, rispetto ad un atteggiamento che si scopre anche in parte nelle dichiarazioni programmatiche della Presidente incaricata e che si sente è emerso anche nel passato da alcune componenti della politica trentina, che è un atteggiamento di disponibilità, un cambiamento radicale e totale, senza limiti, quasi come se partissimo da zero dell'autonomia regionale delle sue istituzioni, vorrei dire che su questo non sono d'accordo, credo non esista neanche una maggioranza in quest'aula onestamente, comunque questo poi verrà dimostrato.

Vorrei spiegare perché nel Sudtirolo si vede con grande preoccupazione un atteggiamento che butti tutto per aria, uno dei problemi politici che esistono oggi in Sudtirolo è il fatto che una parte della popolazione deve ancora in qualche modo finire di digerire una grande rivoluzione che c'è stata nelle istituzioni, cioè l'assetto istituzionale è stato profondamente cambiato nel corso del tempo e solo dal 1992 siamo arrivati ad un assestamento che ora subisce ancora qualche piccola innovazione con nuovi passaggi di competenza eccetera.

Dal 1992 al 1998 si è affermata la dinamicità, io invece vorrei dire che le istituzioni devono essere poco dinamiche, perché le istituzioni in una situazione di conflitto sono quelle cose che tengono insieme la gente, la Costituzione nell'immensa diversità delle opinioni è garanzia per tutti i cittadini, è garanzia per tutti i gruppi, guai se dovessimo arrivare ad un atteggiamento di disponibilità al cambiamento continuo, facile, non ponderato delle istituzioni che garantiscono la convivenza pacifica in Sudtirolo.

Crede che, se il dinamismo è gradito, è un fatto positivo se riguarda la politica, questa deve essere più dinamica, più capace di raccogliere quelli che sono i problemi e le istanze della gente. Le istituzioni devono essere capaci di adattarsi, ma non essere sempre pronte a rovesciare quello che è il quadro in cui il cittadino trova la sua sicurezza. Questo credo che spieghi anche quello che è il nostro modo di interpretare l'accordo di coalizione, che peraltro su questo è assolutamente chiaro, in cui vengono stabiliti dei passi molto precisi in contemporanea, per cui le deleghe non sono affatto una priorità, come si legge nelle dichiarazioni della Presidente, ma sono in contemporanea l'avvio di una fase di modifica di riforma della regione.

Vorrei dire ancora, perché mi sembra anche giusto ed onesto dire quali sono le nostre intenzioni, qual è la regione che noi come Verdi vogliamo, noi vogliamo alcune cose che ci sembra importante sottolineare, noi pensiamo ad una regione che sia nuova, che non sia né terza, né quarta, né seconda, perché questa numerazione non so a che cosa si riferisca storicamente, ma noi vorremo una regione che all'interno di un quadro, che sostanzialmente rimane a tre teste, con competenze diverse da quelle attuali, anch'io ho le perplessità di Morandini sul libro fondiario, ma qui c'è anche un accordo e comunque è una cosa che abbisogna di una norma di attuazione e quindi verrà definita a parte, ma quando

penso a delle competenze che sono delle due province è chiaro che ci deve essere l'accordo, è chiaro che il concetto di sovraordinazione non può significare che dalle regioni arrivino degli ordini alle due province, però è chiaro che quando c'è un accordo e si è presa una decisione, la decisione poi di realizzarla diventa vincolante, è chiaro da tutte le parti. Anche negli accordi liberi si cerca di introdurre dei vincoli, proprio perché altrimenti non ha senso, diventa semplicemente un luogo di chiacchiera quello che unisce le cose.

Vorrei anche ricordare per un momento, perché qui nessuno ha accennato a questa questione, che in chi pensa con grande leggerezza a tagliare tutti i legami fra le due province, a cancellare semplicemente la regione, che la regione perlomeno costituisce l'unico ambito in cui almeno una parte dei ladini delle Dolomiti sono uniti.

C'è chi teorizza che esistono sette gruppi linguistici, fra cui i ladini del Sudtirolo, i ladini della provincia di Trento e poi gli italiani del Sudtirolo, ma poi devo dire francamente che anche se prodotto di illustri giuristi, non condivido questa esasperata etnicizzazione della presenza culturale anche della differenza all'interno della nostra comunità.

Credo che ci possano essere sì delle differenze, ma che poi teorizzare il concetto di gruppo etnico per ogni piccolo gruppo sia una follia, si dovrà pensare a mettere insieme, in comunicazione o perlomeno a creare le condizioni perché la comunicazione possa avvenire.

Detto questo, fissate quelle che sono alcune riflessioni e convinzioni con cui i Verdi partecipano a questa che è anche una scommessa, un impegno serio e secondo me vale la pena veramente di tentare di fare, proprio per superare una situazione di difficoltà, anche se non di tragedia, vorrei fare alcune osservazioni per chiarire qual è la nostra posizione rispetto ad alcuni punti che sono stati qui sottolineati, anche all'esterno delle dichiarazioni della Presidente, dicendo che noi pensiamo che per quello che riguarda i comuni in Sudtirolo sicuramente gran parte di questi desiderano un decentramento come esigenza profonda della democratizzazione della nostra autonomia, che vede, per ragioni storiche in parte comprensibili, una concentrazione di potere sulle province, che però non fa bene alla democrazia e che deve essere superato attraverso un concetto federalista, di federalismo democratico. Federalismi ce ne sono tanti, qui ne abbiamo sentiti citare - salvo quello di Eva Klottz, che dice quello vero sarebbe unicamente il suo, ma io non ne sono convinta - diversi, se prendiamo un libro specifico ne troviamo molti; recentemente sono stata ad un convegno dell'accademia europea e sono stati citati dieci tipi di federalismo.

Allora voglio dire che condivido profondamente l'esigenza di un federalismo democratico, che significa come minimo quello di delegare, per comodità e senza offesa in chi sta in comunità più piccole, la gestione, la titolarità di esercitare certi ruoli e certe competenze.

Spero che con il tempo si possa giungere al superamento di un aspetto che trovo negativo nelle dichiarazioni della Presidente, mi dispiace sia

alle mie spalle, lo dico con franchezza e con amicizia, evidenzia una scarsa conoscenza dei problemi politici della provincia di Bolzano, con una sopravvalutazione, soprattutto per quello che riguarda le riforme che devono coinvolgere tutti e non è detto sulla posizione politica, espressa dallo SVP, che vorrei dire non è il gruppo di lingua tedesca, ma è lo SVP, a pag. 20 viene chiamata gruppo di lingua tedesca, ma lo rappresentiamo anche noi gruppo Verde e ci sono altri gruppi e non è l'unica opinione che corre. Quindi è un'opinione politica e non linguistica o razziale a seconda di come ognuno vuole pensare.

Credo che anche qui due parole vadano spese in quanto mi aspetto che nel confronto leale venga superata questa posizione, dovendo far prestare maggiore attenzione all'uso delle parole, come "il superamento per l'Alto Adige/Südtirol dello status di autonomia a sovranità limitata"; credo non sia il compito di una Giunta regionale, che si appresta a modificare l'assetto istituzionale, in cui si riconosce e quindi "sovranità" mi pare non sia una parola giusta e non credo che godiamo di una sovranità limitata o se non altro siamo un'autonomia che è inserita all'interno di uno Stato e che poi è inserito in Europa, per cui spero che una frase del genere non debba più apparire in futuro in un documento che dovrebbe rappresentare l'intera maggioranza.

Su quello che significa l'ente sovraordinato, ho già detto che bisogna intendersi, penso che la regione debba essere un ente ordinato alla pari, ovviamente non sarei d'accordo se poi si pensasse nuovamente, dopo che è stato cassato dalla cancelleria austriaca e dallo Stato italiano, ad un altro ente sovraordinato. Anche qui si tratta di andare avanti in questo lavoro in un modo in cui si riprenda ad avere gli uni verso gli altri un'attenzione, che nel tempo è andata un po' spegnendosi.

Abbiamo lasciato da parte la curiosità, gli interessi, il rispetto per gli altri, ci accontentiamo di frasi fatte e credo che se noi potessimo fare qualcosa di positivo in questa fase, si potrebbe partire da questo, cioè non accettare che gli steccati, che sono stati eretti anche artificialmente, vengano superati attraverso una consapevolezza che apparteniamo a qualche cosa di comune, che dobbiamo esprimerlo e renderlo visibile dal punto di vista istituzionale, architettonico, ma che comunque sentiamo che abbiamo delle cose in comune, credo che queste cose ci siano, ci siano degli interessi, ci sia qualche cosa che giustifica e rende sensato.

In ogni caso vorrei anche dire che non credo alla soluzione a problemi anche di difficile convivenza o di incomprensione sia quello di liberarsi degli altri, questo è proprio tutto il contrario di quello che pensa il mio movimento, il mio gruppo, noi pensiamo ad una società che sappia includere anche quelli che sono arrivati per ultimi, quelli che fanno fatica ad adattarsi, quelli che sono profondamente diversi, pensiamo ad una società capace anche di modificarsi, perché tiene conto di quello che sono gli altri e non semplicemente gli adatta.

Questo atteggiamento a maggior ragione vale per un rapporto che dura da così tanti secoli, fra due terre vicine, che hanno avuto un confine in cui c'è

un area mista in mezzo, perché era un confine mai così precisato e che hanno tante cose insieme.

Ancora vorrei dire tre brevi cose, che sono state portate dal cons. Urzi e vorrei dire che tre punti mi sono chiari in questo momento nel provare a partecipare a questa fase di istruzione di una eventuale modifica costituzionale, il fatto che è necessario avere una grandissima maggioranza e quindi di coinvolgere tutti, il fatto di avere esperti che effettivamente non siano di parte o comunque non siano tutti ossessionati da una visione etnica o etnofederalista delle cose e il fatto che tutto questo processo, ma questo c'è scritto nell'accordo di coalizione da noi sottoscritto, che tutta questa operazione deve essere in contemporanea e che non c'è una priorità ed un andare a sè avulso delle deleghe, di uno svuotamento a cui dovrebbe seguire eventualmente una fase successiva.

In questo accordo c'è una parte che dice ancora che i partiti si impegnano a fare sì che la Giunta regionale, d'intesa con le due Giunte provinciali, attui già a statuto invariato una serie di iniziative su temi di comune interesse per le due province, in modo da prefigurare già in questa fase il nuovo ruolo della regione riformata.

Quindi è evidente che in questo accordo si prevede una contemporaneità degli eventi che credo permetta a tutti quanti di guardare con una certa serenità, che è data dal fatto di essere impegnati in un lavoro ed in un compito che è importante, perché lasciare così le cose come stanno non è neppure quello che vorrebbero coloro che credono che la regione abbia ancora un senso, soprattutto legato al fatto di tenere insieme, ricostruire, fare crescere i legami all'interno di un'area geografica, di storia, di cultura e di ambiente che sono forti e speriamo continuo anche in futuro.

### **Vizepräsident Messner übernimmt den Vorsitz Assume la Presidenza il Vicepresidente Messner**

**PRÄSIDENT:** Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Abgeordneter Minniti, der sich aber für die Nachmittagssitzung entschuldigt hat und deswegen bekommt das Wort der Abgeordnete Willeit. Bitte, Abgeordneter.

**WILLEIT:** Signor Presidente, egregi colleghi, egregie colleghe, siamo ormai a distanza di quattro mesi dalle elezioni, manca poco, e siamo qui a documentare il secondo documento programmatico, uno in quel di Bolzano, l'altro in quel di Trento. Di ambedue ammiro lo stile, che non riesco a ripetere nella parlata italiana o tedesca, ma forse riuscirei a ripetere nella mia parlata; ne ammiro lo stile, ma ne rimprovero il contenuto, purtroppo anche questo documento programmatico della Presidente designata contiene tante, tantissime belle espressioni, modi di fare, possibilità di comportarsi, ma contiene poco o niente di concreto.

La prima constatazione che faccio qui, come a Bolzano, è che quattro mesi per stilare un simile programma sono troppi, quattro giorni, una o due settimane, ma quattro mesi a stilare simili programmi, che conosciamo peraltro da anni, sono troppi.

Dunque che cosa si è fatto in questo tempo posso soltanto concludere che si è speso il tempo a ripartire posti, poltrone, sedie, seggioline e così via. Gli elettori dovrebbero pensare anche un po' dopo le elezioni a quello che succede nella politica e nei parlamenti della provincia di Bolzano e della provincia di Trento e della regione.

Venendo al programma, anch'io trovo un solo punto fermo e chiaro in questo programma, uno solo, l'abolizione dell'attuale regione, anzi si parte dalla non esistenza, cioè dall'abolizione già avvenuta di fatto, però si prospetta una nuova regione, una nuova istituzione, senza mezzo progetto di riconversione o di rinascita, senza individuarne il modo anche del tutto approssimativo le funzioni, il ruolo di questo istituto.

Ammetto che sono sempre stato, fino a poco fa, un fautore del mantenimento in vita della regione, non perché sono contrario alle autonomie provinciali o addirittura a quelle locali, al contrario sono più che favorevole alle autonomie "minori", perché nel vero sistema democratico l'ente minore è alla pari dello Stato ed è quella la struttura che dobbiamo ricercare e non un'altra.

Non ero convinto di mantenere la regione, perché la ritenevo necessaria, ma ero convinto della validità dell'istituzione, del legame istituzionale, del fondamento istituzionale per le comunità che vivono in questa regione, soprattutto per le comunità minori, ero convinto ed a ragione e lo sono tuttora, della funzione costituzionale di tutela delle minoranze linguistiche.

Signori consiglieri, signore consigliere, leggetevi lo statuto ancora una volta, non è un peccato se uno si dimentica anche del credo, non è un peccato, bisogna sempre rileggersi le cose e leggetevi solo gli articoli che definiscono le funzioni della regione, anche se sono state via via svuotate e trasferite e alterate, ma leggetevi quegli articoli e si arriverà alla funzione primaria della tutela delle minoranze, ragione prima ed ultima dell'autonomia, perché un'altra ragione non ne ha questa autonomia nella sua nascita. Ecco perché ero convinto di dover mantenere questo ente.

Purtroppo nel corso di cinque anni di esperienza ho dovuto ricredermi dell'opportunità di mantenere questa regione in vita, perché mi sono reso conto che non è quell'istituzione che dovrebbe essere, che è diventata un campo da gioco, politico, che è diventata una cassa di rifornimento o di integrazione in favore delle province, in favore di questo e di quella attività primaria o secondaria, che è diventato uno strumento - e questa è la cosa peggiore - di disimpegno dei confronti delle minoranze, non di impegno, di disimpegno.

Nei confronti della minoranza ladina vi porto tre esempi: nulla ha fatto la regione nei cinque anni passati per rafforzare la minoranza ladina, ma ha fatto veramente passi per disgregare, per separare, per disunire queste minoranze, la

legge elettorale comunale divide l'ordinamento comunale dei comuni ladini di Bolzano e di quelli di Trento; l'ordinamento comunale di per sè istituisce regole diverse per i comuni di Trento e di Bolzano; l'esempio peggiore poi lo troviamo nella legge elettorale regionale, laddove non solo non si tutela, ma si procede proprio apertamente contro la minoranza da parte della regione e non soltanto a livello politico, anche a livello di diritto, perché è stata la regione che ogni qualvolta sono ricorso alla tutela giurisdizionale della Corte costituzionale che si è costituita negando il diritto alla minoranza, nell'ultimo caso addirittura negando l'esistenza della minoranza, un comportamento veramente vergognoso di una regione.

Negazione non solo ai fini politici, ai fini strumentali, ma negazione sul campo ed a livello di diritto, lo strumento che dovrebbe tutelare.

Premesso tanto, dico anch'io che la regione va riformata, tuttavia e qui trovo la vecchia filastrocca che non è cambiata per nulla nel documento programmatico, questo istituto va riformato come istituto pubblico, come ente pubblico territoriale dello Stato, con competenze proprie, che siano poche o tante non ha importanza, ma proprie non dipendenti strumentali delle province, è una farsa quella, come ente indipendente, diversamente se viene mantenuto in vita solo come strumento va abolita la regione e vengono create due regioni e basta, senza tante storie, questa è l'unica logica sensata, diversamente ricadiamo negli stessi errori già commessi dell'abuso istituzionale, dell'abuso della regione, dell'uso puramente strumentale di un ente, di una istituzione, quello che è successo negli anni passati.

Se invece si vuole riformare un istituto, un ente territoriale pubblico, allora occorre ridefinire concretamente la funzione della regione, ridefinire il suo rapporto con lo Stato, con le province, con i comuni, con le comunità, occorre, a mio avviso, ridefinire in modo più concreto la funzione ed i compiti di tutela delle minoranze, il che dovrebbe fare anche lo Stato nella sua riforma, occorre veramente che questa regione sia un punto di incontro delle genti e delle culture che vivono qui, che sia garante dell'unità della minoranza ladina, che sia garante dello sviluppo entro i propri confini ed oltre i propri confini delle minoranze, che sia strumento di sostentamento autonomo e concorrente con le province delle minoranze, che sia garante di partecipazione alla gestione pubblica della società da parte di queste comunità minoritarie, così come richiesto dalla stessa sentenza ultima della corte costituzionale nella materia elettorale.

Nulla di questo in tutto il programma della Presidente designata, che purtroppo, come ho detto, è troppo vago ed in qualche punto lo ritengo anche contraddittorio, perché non si può cambiare lo statuto senza alterare i rapporti fra i gruppi, non si può cambiare lo statuto, viene alterato ed è necessario alterarlo, proprio per portare un gruppo, ed è quello che rappresento in modo particolare assieme al collega Fontana, per portarlo alla parità con gli altri gruppi.

Non ho capito che cosa si vuole dire con una regione moderna europea, non fondata sui micronazionalismi, così come non ho capito la collega Zendron, quando ha parlato delle piccolissime comunità ladine, non so se si

riferiva alla minoranza ladina nel suo intero o se si riferiva alle singole frazioni delle singole province e non so a quali insigni studiosi si riferiva.

Non condivido una serie di distinzioni fra Bolzano e Trento, che pur esistono, ma che in questo contesto ed a giustificazione delle riforme da fare e da non fare vengono indicate nel programma fra Bolzano e Trento, non le condivido perché in parte artificiali, mi dispiace, le autonomie locali in quel di Bolzano ed in quel di Trento hanno lo stesso bisogno di autonomia, di libertà, di associarsi ed era questo il nucleo dell'ordinamento, il punto più importante e qualificante dell'ordinamento comunale approvato.

Non condivido, né capisco il concetto di federalismo dinamico, sono d'accordo o mi piace il riferimento alla riforma dello Stato e posso anche condividere l'invertimento degli elementi costitutivi della regione, per il semplice fatto che non ci trovo quella grande differenza fra la formazione dal basso o il decentramento, non ci trovo quella grande differenza, come non ci trovo quella grande differenza nel riservare allo Stato l'approvazione delle modifiche dello statuto, nel mentre le altre regioni dovrebbero poter approvare loro stesse il loro statuto, perché le garanzie non è che svaniscono con il metodo, si possono conservare lo stesso le garanzie internazionali.

Mi piace il riferimento proprio perché ritengo che la Costituzione e lo Stato vadano riformati anche per quanto concerne le garanzie in favore delle minoranze. Lo Stato stesso non può spogliarsi della funzione di tutela delle minoranze, né la regione può spogliarsi di questa funzione, per il semplice fatto che gli interessi delle minoranze vanno oltre le competenze degli enti regionali e provinciali e chi può accudire a queste competenze, se non l'ente superiore, se non sopra lo Stato l'unità europea. Dunque per me non possono rinunciare a questa funzione.

Ecco che il programma che stiamo commentando si riduce a pochissime cose, un comitato apposito dell'ultima ora, che poi corrisponde alla Giunta, dovrebbe formulare l'indirizzo di revisione dello statuto, le deleghe - se ho ben capito - escluse quelle relative al campo sociale, dovrebbero essere eseguite quanto prima, c'è un accenno e nient'altro sulla collaborazione transfrontaliera, non c'è parola sul sostentamento concreto delle minoranze, ove esiste però una legge, quasi una delle poche leggi sostanziali, c'è menzione e nient'altro sullo stralcio allo statuto, sulla legge costituzionale, cosiddetta sui ladini, che viene qui chiamata legge-stralcio, non so perché, cioè in vista della revisione dello statuto, legge che non viene commentata in alcun modo, nonostante sia estremamente attuale e nonostante sia contestata, anche dal sottoscritto, contestata anche dalla stessa legge-voto della regione, con la quale non coincide.

Quello che contesto io di questa legge è il difetto di rappresentanza indipendente della minoranza ladina, il difetto dell'adeguamento della proporzionale in provincia di Bolzano, assolutamente necessario, tanto più se la provincia diventa regione, tanto più è infine un difetto imperdonabile, manca in questa legge qualsiasi tutela linguistico culturale, cosa che avrei desiderato

leggere in un programma della regione, che ha approvato una proposta, che è una delle tre parti proponenti in questa legge.

Concludo con un punto meno pessimista, più ottimista ed è quello che vede l'amico Fontana partecipare alla prossima Giunta, sono veramente rallegrato di questo e lo interpreto anche come segnale di apertura o di maggiore impegno da parte della prossima Giunta nei confronti della minoranza ladina, stiamo a vedere quello che succederà.

Il collega Divina non è qui, oggi concludo in questo modo, riservandomi indubbiamente di utilizzare la lingua che voglio e soprattutto la mia lingua in un'altra occasione.

### **Assume la Presidenza il Presidente Leveghi Präsident Leveghi übernimmt den Vorsitz**

**PRESIDENTE:** Grazie. C'è qualche richiesta di intervento? La parola alla cons. Conci.

**CONCI-VICINI:** Signor Presidente, gentile consigliere, egregi consiglieri, ho letto attentamente in questi giorni le dichiarazioni programmatiche della Presidente designata quale candidata a reggere la Giunta regionale, dott.ssa Margherita Cogo, e l'omonimia con la Margherita per eccellenza induce a credere a chissà quali arcane predestinazioni e devo dire di essere rimasta stupefatta e colpita da alcune questioni che cercherò di evidenziare.

Innanzitutto una sorta di linguaggio apocalittico, che pervade tutto il testo, segnato da frasi quali "l'evidente crisi di stabilità politica del Trentino", a pag. 2, oppure "affrontare senza eccessivi indugi la crisi ormai non ulteriormente sopportabile del nostro assetto istituzionale", sempre a pag. 2, per proseguire più avanti con un cenno ad "un clima di risorgente nazionalismo che sentiamo nell'area balcanica, che non è poi molto distante da noi, i guai che ne potrebbero derivare, vista la nostra collocazione, potrebbero davvero travalicare i nostri attuali problemi". Per approdare poi ad un certo cauto ottimismo, dal momento che, come si dice: "per la prima volta si sono superate quelle reciproche rigidità che avevano sinora paralizzato il dibattito sulla riforma dello Statuto".

Certo perché le forze politiche di centro-sinistra e lo SVP, che hanno sottoscritto il programma della nuova maggioranza regionale, hanno concordato sulla opportunità di avviare questo percorso. Sarà che forse siamo un po' ottusi, ma non riusciamo ad intravedere nulla di tutto questo, ma ci sorge un dubbio: sarà superamento delle rigidità reciproche, o adattamento e asservimento alle rigidità dello SVP? Ai posteri sarà l'ardua sentenza, nel senso che poi ci ritroveremo sulle ceneri della regione e noi non vorremmo mai che questo accadesse.

Dalle sue parole poi, signora Presidente designata, emerge una sorta di anno zero, anche qualcun altro lo ha sottolineato, quasi che il destino della

nostra regione inizi solo da oggi, ma noi sappiamo chi ha costruito in questi anni il benessere delle nostre città e delle nostre vallate, sindaci, assessori, Giunte provinciali e regionali, che hanno visto protagonisti in primo piano, per esempio, uomini e donne della Democrazia Cristiana, a cui mi onoro di essere appartenuta.

Allora credo che davvero leggere tutte queste cose in chiave rosa o rossa sia davvero antistorico.

Ho parlato poi di approdo, sì perché la Cogo, quale novello nocchiero di dantesca memoria, ritiene che fare la regione sia come fare una crociera su una nave, la cui ristrutturazione deve essere interesse primario di ogni passeggero, cioè noi cittadini di questa regione e noi rappresentanti delle istituzioni, a prescindere da chi occupa la cabina di comando, in questo caso lei, ma credo non a prescindere dal fatto che il nocchiero sappia qual è la méta da raggiungere, quali gli obiettivi, con quali strumenti, con quale equipaggio è possibile raggiungere un approdo sicuro, perché è verso un approdo sicuro che vogliamo andare, non verso acque tempestose.

Certo, il compito, come lei scrive, è arduo e la vetta irraggiungibile, ma l'importante è crederci. Ma in che cosa credere se, come più avanti si afferma, a pag. 10, " la Regione, nella sostanza, esiste ormai quasi solo nella lettera dello Statuto." Sono parole sue. L'ondata apocalittica poi giunge al culmine, laddove si afferma che "questi cambiamenti hanno investito con la violenza di una bufera la provincia di Trento, che dopo mezzo secolo di invidiabile stabilità politica - allora è tutto merito dei democristiani credo - è crollata nel volgere di breve tempo - allora forse è demerito degli autonomisti, che in quest'ultimo periodo l'hanno guidata - in un caos vissuto con grande apprensione e angoscia dai cittadini."

Penso di potermi fermare qui, rispetto a questa visione apocalittica della regione, anche perché a questo punto il palcoscenico è pronto per la recita a soggetto, che vede la Presidente in pectore sciorinare una visione quanto mai personalistica e antistorica della nostra storia. Anche altri che hanno parlato prima di me l'hanno sottolineato, che vede mettere nel cassetto quelli che sono stati i veri fautori dell'autonomia trentina, i vari De Gasperi, Kessler, il senatore Enrico Conci, alla cui famiglia mi onoro di appartenere, gli Odorizzi, i Moro, gli Andreotti, per esaltare gli uomini della sinistra: Ballardini, Scotoni, Saragat e così via, che hanno dato certo un contributo alla realizzazione della nostra autonomia, ma che non possono essere messi alla pari di coloro che furono i veri protagonisti e fautori della nostra autonomia e della nostra regione.

In secondo luogo mi soffermerò su quella che la futura Presidente ha definito la crisi di ruolo della regione, che attribuisce al fatto che ad essa siano rimaste poche e marginali competenze gestionali, alcune rilevanti in materie ordinamentali, oltre all'importante competenza elettorale.

Tengo anch'io a sottolineare che la competenza del libro fondiario non può essere considerata una competenza marginale, non solo per la significatività della sua presenza, non solo nella città capoluogo, ma anche nelle vallate, ma anche per la significatività numerica del personale che ad essa fa capo.

Allora dobbiamo dire no dunque alla delega del libro fondiario e del tavolare, perché rappresentano anche - già è stato da qualcuno detto - l'antica storia, l'antico collegamento con la storia del Trentino, allorché questo, insieme all'Austria ha fatto parte del suo cammino, del suo percorso, così come anche la cooperazione, altra delega che si vorrebbe dare alle province, che tanta parte, come sappiamo, ha avuto ed ha nella storia del Trentino e che a differenza di quella presente nelle altre regioni italiane, che si rifanno l'esperienza della tradizione laico-socialista di derivazione francese, è arrivata attraverso l'esperienza austriaca e tedesca di Raiffeisen, il fondatore di quella cooperazione, da cui la nostra ha tratto ispirazione.

Dobbiamo dire anche no alla delega alle due province della materia elettorale, che lei vede poco funzionale all'obiettivo di dotare ciascuna delle due province del sistema di regole ad esse più congegnate, per togliere quella sorta di strabicità, che norme diverse per Trento e per Bolzano renderebbero evidente. Ma proprio questo è un modo intelligente per adattare le diversità all'unitarietà del quadro regionale, che è non solo garanzia, ma anche prevenzione contro le eccessive divaricazioni o addirittura contro le prevaricazioni.

Cara Presidente, lei sbaglia quando pensa di risolvere il problema della governabilità del Trentino, un problema politico, attraverso una legge elettorale, addossa alla mancanza di una legge una situazione di gravissima instabilità, come ha scritto nelle sue dichiarazioni. Se davvero così fosse, non dovremmo avere perturbazioni, ma stabilità a livello nazionale, dove il maggioritario è già in atto, ma noi sappiamo che così non è.

Allora, siccome si dice che la regione ha subito un progressivo, quanto inesorabile, processo di abbandono, dove la mancanza di competenze gestionali, ha fatto venire meno l'attenzione della popolazione verso l'istituto regionale, perché la si vuole svuotare di ogni possibile competenza! Come lei intende conciliare questa evidente contraddittorietà tra il decadimento di questo istituto da un lato ed il mantenimento della cornice regionale, l'aggancio internazionale dell'autonomia speciale, l'unitarietà dello statuto, le garanzie di tutela della convivenza tra i gruppi linguistici della regione, che lei definisce fondamento della nostra autonomia e capisaldi dai quali non si potrà prescindere, oltre che fondamenta sulle quali costruire la nuova casa comune.

Se è vero e condivisibile che purtroppo di questo ente ci si è ricordati solo in occasione delle Giunte provinciali, vedendo nelle cariche regionali uno strumento per compensare le tensioni in seno alle costituenti maggioranze di governo delle due province, dobbiamo affermare oggi che non solo questo problema è esistito nel passato, ma che la sua elezione conferma la regola, perché questa Presidenza è un tributo pagato ai D.S., con la connivenza e la benevolenza dello SVP, che di buon grado ha ritirato la propria candidatura, ottenendo in cambio il nulla osta sulla Presidenza dell'autobrennero e del mediocredito. Per non parlare poi 'dell'inciucio' tra P.P.I., Margherita e l'asinello di Prodi, per trovare sistemazione onorata il Presidente uscente Grandi, che deve

essere ringraziato per essere stato uno dei principali fautori del decadimento di questa regione.

Credo che neanche ai tempi in cui vigeva il più sfrenato potere democristiano esisteva una lottizzazione del potere così sfacciata ed arrogante.

A proposito poi di quella sua affermazione, secondo cui il senso di appartenenza alla comunità regionale è minato ed è venuta meno quasi del tutto l'esistenza di un'opinione pubblica regionale, per cui considerato un ente di scarsa rilevanza dalle stesse forze politiche, la regione è andata alla deriva, credo che quanto sottolineato già dal cons. Morandini, quando ha riportato i dati di quell'indagine redente del 1997, fatta dall'università insieme alla provincia, è stata tra l'altro finanziata dalla provincia con l'interesse anche del CNR, credo che davvero questa indagine smentisca quanto da lei detto.

Non solo infatti, come affermava il cons. Morandini, la stragrande maggioranza anche degli intervistati è prevalentemente d'accordo che la regione autonoma Trentino-Alto Adige sia un ente necessario per garantire l'autonomia del Trentino e ritiene la regione anche un ente necessario per garantire la pacifica convivenza tra italiani, tedeschi e ladini, vediamo anche sempre in queste indagini come l'81,6% si dichiara prevalentemente o del tutto contrario all'affermazione secondo la quale l'ente regione è una sopravvivenza del passato, che si può eliminare senza problemi.

I trentini dunque tornano a riaffermare la loro forte convinzione circa l'ineliminabilità della regione autonoma e dice la stessa indagine, la regione autonoma Trentino-Alto Adige/Südtirol esce da questa lettura dei dati come l'istituzione dell'autonomia, proprio perché essa appare come l'elemento che motiva e fonda l'esigenza trentina all'autonomia dentro la complessità interetnica ed anche come istituzione che sa comporre elementi comunitari di identità con le esigenze della politica, intesa come strumento anche costrittivo, cioè capace di incanalare le soggettività e le forze proprie ai singoli gruppi etnici entro un disegno nazionale comune, processo indispensabile alla convivenza.

Allora non basta, Presidente, dare vita ad una nuova fase dell'esperienza autonomistica, fondata sul pieno riconoscimento dell'autonomia trentina e con il superamento per l'Alto Adige dello status di autonomia a sovranità limitata, quasi che l'autonomia del Trentino sia, rispetto a quella dell'Alto Adige, un'autonomia di serie B.

Noi sappiamo che questo non è vero, perché il Trentino ha una lunga storia, una lunga tradizione a partire ancora dagli inizi dell'anno 1000, di capacità di autogoverno, che le sue comunità, anche le più piccole, hanno espresso attraverso i loro statuti e le loro regole, che dimostrano questa capacità di autogoverno, propria anche delle comunità della nostra provincia.

Si parla allora di libera collaborazione, di interessi comuni, di reciproca conveniente a collaborare, questioni dice la Cogo che vanno codificate in modo vincolante nel nuovo statuto. Se questa è l'idea di regione che lei ha, Presidente, che cosa lei vuole codificare? Vuole codificare il modo in cui esplicita la libera

collaborazione, in cui lei codifica le modalità tecniche, ma non le competenze, stabilisce allora un quadro di riferimento, entro cui si muove la libera collaborazione.

Credo, rispetto a quanto viene detto sull'eliminazione delle competenze che, se vogliamo modificare la serie delle competenze che oggi ancora la regione ha, questo è possibile, alcune altre competenze probabilmente potrebbero essere più attuali rispetto alla regione di oggi, sto pensando all'università, alla ricerca, ai trasporti, all'agricoltura di montagna, cioè tutta una serie di competenze che potrebbero essere incardinate a livello regionale, però non possiamo pensare di svuotare prima la regione e poi di pensare che cosa ne faremo di questa scatola ormai vuota, ma dovremmo invece pensare insieme a regione ed alle due province, che sono enti autonomi, tutte tre gambe di un stessa realtà e di una stessa struttura, ma dovremmo pensarla prima il disegno, non possiamo togliere da una parte e poi decidere che dopo si farà.

Credo che davvero, nel riformulare il disegno regionale, dovremmo già sapere che cosa viene dato e tolto alla regione, che cosa viene dato e tolto alle province.

Lei poi parla di una vera e propria scommessa, ma credo che parlare di scommessa, quando ci sono in gioco i fondamenti dell'autonomia trentina, la cosa non sia di poco conto e pensare che la nuova regione si fondi su veri e propri gruppi di lavoro, in mano pur a qualificati funzionari, non solo dipendenti dalla regione, ma anche comandati dalle province, oppure consulenti presi all'esterno, credo che davvero il pensare ad una regione che stabilisce il proprio fondamento su dei gruppi di studio e di lavoro non abbia molto senso, non abbia una struttura che le permetta davvero di iniziare un nuovo cammino, di dare gambe a delle istituzioni che noi riteniamo più importanti per il mantenimento della nostra autonomia.

Lei ha una concezione ben strana di interazione tra regione e provincia. Riprendo alcune questioni che lei scrive a pag. 23, quando parla di "promuovere una stretta collaborazione tra gli uffici regionali e quelli delle due province e per facilitare la mobilità del personale tra questi enti. La Giunta si impegna inoltre a perseguire una più puntuale applicazione del principio della proporzionale e del bilinguismo. In particolare, si vogliono intensificare i rapporti con il Land Tirol, finanziando le iniziative organizzate in questa direzione dalle Province."

Parla ancora poi di "importante ruolo politico nella collaborazione tra i soggetti territoriali del nord Adriatico, nel quadro della Comunità di lavoro Alpe Adria"; parla poi di "una regione che lavorerà in stretto rapporto con le province, già titolari di competenze proprie in proposito, mettendo a loro disposizione specifici finanziamenti nell'ambito del proprio bilancio."

Cioè l'idea che lei ha o dà nelle sue dichiarazioni programmatiche è quella di una regione subalterna alle province, che si limita semplicemente a finanziare quanto le due province vanno a mettere in campo ed è quello che

davvero in questa coalizione di maggioranza, che è stata messa in campo, si vuole di fatto attuare.

Cioè scardinare quello che è l'assetto regionale per dare tutto il potere alle due province e la regione di fatto si limita poi, anche perché non ha, come è successo in questi anni, avendo poche competenze non sa bene come spendere le proprie risorse, si limita a finanziare, lo abbiamo visto fare largamente anche dal Presidente Grandi nella passata legislatura, tutta una serie di competenze che già ci sono in provincia, quanti convegni culturali abbiamo visto finanziati dalle due province e dalla stessa regione, per esempio, tanto per citarne una, ma anche come la regione e le due province intervengano nell'ambito di tutta una serie di iniziative di cooperazione internazionale, laddove c'è chiaramente una sovrapposizione di competenze che non ha senso.

Allora anch'io dico, a questo punto se davvero la regione deve ridursi ad una scatola vuota, senza più alcunché da fare, che cosa vuol dire avere una Giunta, costituita di 6 persone, esattamente come quella che in questi anni ha governato la regione? Che cosa deve fare questa Giunta, di quali competenze si dovrà occupare, probabilmente avrà più tempo di andare a spasso di quella del passato, allora ci si limitava però all'ambito provinciale o regionale, all'ambito europeo, vorrà dire che avendo più tempo a disposizione ci si darà all'ambito internazionale, i viaggi diventeranno più lunghi, andremo a verificare tutta una serie di soldi spesi, con la scusa di andare a verificare e controllare come sono stati spesi i soldi della nostra regione e noi vedremo gli assessori in ogni angolo dell'orbe a controllare.

Non capisco, non sono riuscita da queste dichiarazioni programmatiche, che ho sottolineato prima, tra l'altro ritengo davvero lesive della storia di questa autonomia e di questa regione, non vedo davvero quale regione venga costruita, non si capisce in che direzione questa maggioranza voglia andare, o meglio lo si capisce benissimo, nella direzione che già nella scorsa legislatura lo SVP aveva iniziato a percorrere ed andando nella direzione di uno scardinamento complessivo e completo della regione, con due province, ognuna delle quali andrà per conto proprio, in un momento in cui invece l'apertura verso l'Europa ci richiede una forza maggiore, ci richiede di aggregarci e non di disgregarci, in un momento in cui la frammentazione diventa deleteria, in un momento in cui piccole strutture, quali sono quelle delle nostre province, andranno a morire, non l'Alto Adige, perché ha una sua connotazione in più con il bilinguismo e con tutti i particolarismi della storia vissuta in questi ultimi anni, ma certo per il Trentino la svolta a cui lei fa riferimento a pag. 26, forse può concludersi davvero in una svolta disastrosa verso un baratro da cui non ci si può più rialzare.

Allora, Presidente, esprimo compiacimento, perché una donna è arrivata ad avere una carica di questo tipo, la massima carica istituzionale della regione, mi auguro però che lei sappia ritrovare una lettura della storia più adeguata a quella che è stata la vera storia del Trentino e mi auguro anche che lei

sappia ritrovare la forza per opporsi ad una disgregazione, ad un decadimento di questo ente regionale, che lei presiederà, come di fatto non è avvenuto nell'ultima legislatura. Me lo auguro, non tanto per noi che in questa legislatura dovremo lavorare rispetto queste tematiche e noi ci opporremo, lo dichiaro fin d'ora fortemente a tutto questo, ma me lo auguro per il bene non solo del Trentino, ma della nostra realtà regionale.

**PRESIDENTE:** Qualcun altro desidera intervenire? La parola al cons. Migliucci.

**MIGLIUCCI:** Presidente, devo dire che mi pare ci sia un clima di stanchezza diffuso. Credo che molte cose critiche siano state già dette e penso sia inutile ripeterle, anche perché ho visto che il Presidente designato ha preso nota abbondantemente di quanto, solo dai banchi dell'opposizione designata, ha sentito.

Mi ha fatto piacere sentire l'intervento, oltre che dei colleghi Morandini e Urzì, che ho apprezzato tra gli altri per la capacità di verifica puntuale su ogni aspetto del programma e che quindi credo consenta di non intervenire più per ripetere peggio alcuni temi, l'intervento della cons. Zendron.

La cons. Zendron ha cercato di effettuare un disperato salvataggio, una disperata difesa d'ufficio, non dico di fiducia, della sua relazione, cercando in tutti i modi di spiegarci che le sue dichiarazioni programmatiche in realtà si discostano - per la verità questo non lo so - da quello che è l'accordo di maggioranza e così ci ha spiegato la collega Zendron che non è vero che esista un accordo, che in qualche modo delinea una priorità delle deleghe di funzioni alle regioni, rispetto alla definizione della cornice del quadro istituzionale.

Allora sono andato a rivedermi il passaggio delle sue dichiarazioni programmatiche, perché francamente non so a chi credere e siete tutte due colleghe rispettabilissime e degne di credito, fino a prova contraria, ma la contraddizione c'è ed è stridente.

A pag. 21 delle sue dichiarazioni programmatiche leggo: "Priorità è stata pertanto data alle deleghe di funzioni della Regione alle Province, deleghe che dovranno essere autorizzate con leggi da presentare a questo Consiglio non appena sarà approvata la risoluzione di indirizzo circa la revisione statutaria, e comunque entro il corrente 1999." Il che significa che queste deleghe verranno date a prescindere dalla individuazione di quel quadro istituzionale, di quella cornice, della quale parlava la collega Zendron.

Allora qua credo vi dobbiate mettere d'accordo, soprattutto rispetto agli elettori, rispetto alla comunità che non capisce, soprattutto quella altoatesina, quale sarà in futuro questa cornice, di cui tanto si parla.

Dicevo che ho trovato in questa relazione dei passaggi che in qualche modo mi facevano pensare che alcuni punti fossero evidentemente dei punti da lei sentiti, ma veramente e che forse l'avrebbero portata a scrivere cose diverse.

Leggo a pag. 12, per esempio, che in qualche modo si sarebbe determinata una prassi nel tempo di arrivare a "consentire poi l'approvazione dell'intera normativa attraverso complesse quanto deleterie logiche di scambio tra Trento e Bolzano." Lei mi fa di sì con la testa, Presidente, ma le sue dichiarazioni programmatiche danno il senso di uno scambio deleterio quanto più è possibile, se solo si pensa al fatto che ricordavo prima, di una previsione di deleghe comunque date a prescindere dalla cornice istituzionale, se comunque penso al fatto che in queste dichiarazioni programmatiche ella ha voluto, quasi seguendo il filo conduttore che lo SVP in qualche modo ha presentato in provincia di Bolzano, per esempio con riferimento al cosiddetto principio di sussidiarietà.

C'è un punto delle sue dichiarazioni programmatiche che è, sotto questo aspetto, emblematico. A pag. 14 lei ha ben presente la necessità, per quanto riguarda il Trentino di questa esigenza e dice: "si è fatta forte in questi anni la richiesta di rafforzare il potere di autogoverno dei comuni e di trasferire su di essi competenze della provincia", guarda caso due righe dopo lei trova una diversità, chissà ispirata a quale logica, chissà ispirata a quale ragione, per cui invece questo principio di sussidiarietà, questo principio di delega e di rafforzamento dell'autogoverno dei comuni dovrebbe essere diversa per l'Alto Adige.

Questo è lo strabismo, secondo me, questo è soprattutto vedere ciò che si vuole vedere con gli occhi degli altri e con le necessità degli altri.

Anche l'introduzione storica mi interessa relativamente, non perché la storia non abbia il suo significato, anzi in materia istituzionale regionale, come la presente ha il suo significato, ma altri hanno già parlato e la storia spesso si presta anche a delle visioni in qualche modo diverse, molto personalizzate, però tutta quella parte, che in qualche modo arriva fino a pag. 10, è una sorta di 'captatio benevolentie', nei confronti di una certa parte politica che avrebbe facilitato in qualche modo e nel corso degli anni soprattutto la possibilità per il gruppo linguistico tedesco, necessità peraltro che condivido, perché guai se non ci fosse nella nostra regione parità effettiva per i gruppi linguistici che in essa sono presenti, però c'è quasi un chiedere: guardate che i maggiori meriti li abbiamo noi, li ha la nostra parte politica, siamo noi che siamo in qualche modo amici vostri e così vogliamo continuare a garantire che cosa?

E qui arriviamo al deleterio patto di scambio, vogliamo continuare a mantenere le ragioni della nostra specificità, quando parlo di specificità mi riferisco alla specificità della provincia di Trento, intesa come specificità tendente a mantenere i privilegi e le prerogative di natura economica e pur di mantenere questi, evidentemente, si è arrivati al punto di scrivere parole che non posso pensare, evidentemente non meditate, anche se ho letto sulla stampa e le do atto di questo, se evidentemente corrisponde la stampa a quanto da lei detto, le parole scritte a pag. 20, laddove ha parlato "sul definitivo superamento per l'Alto Adige/Südtirol dello status di autonomia a sovranità limitata."

Presidente designata, non voglio tornare su questo punto e non mi piace agitare, perché per natura non lo faccio, fantasmi che non esistono, qualcuno ha detto così, ma mi piace parlare di problemi seri. Non posso pensare che donna della sua capacità, Presidente designata della Giunta regionale, cioè colei la quale dovrebbe in qualche modo e comunque garantire poi quegli equilibri multietnici e plurilingui nella nostra regione, quello sviluppo armonico per tutte le comunità, si risolva a dire anche che il superamento deve avvenire così come da sempre rivendicato dal gruppo di lingua tedesca, il che in qualche modo non può essere uno svarione, perché lei non si è neanche riferito a chi del gruppo di madrelingua tedesca fa parte della sua maggioranza, ma ha parlato del gruppo linguistico tedesco, con ciò esprimendo evidentemente un concetto che non può essere francamente condiviso, per quanto altri hanno già detto e perché invece ritengo che una provincia autonoma, una regione autonoma è per sua natura e comunque sia un ente a sovranità limitata, nel senso che trae il suo limite da quelle che sono le norme che lo regolano e che si dà e che è evidentemente compreso in un altro ente, che a sua volta vive in un contesto di natura europea, che spesso viene dimenticato in queste dichiarazioni programmatiche, se non per ricordarci che le sue province e non la regione dovrà riferirsi all'euregio in generale.

Ecco che allora dico che non ci siamo, perché mi sarebbe piaciuto, in queste dichiarazioni programmatiche, leggere qualche cosa di forte, non ho mai immaginato in realtà che il Trentino potesse essere tutore etnico del gruppo etnico italiano, Dio ci salvi da questa tutela Presidente, sarebbe stato importante sapere quali erano le linee che il suo programma sotto questi aspetti prevedeva.

Allora ho rinvenuto la forza, non ricordo la pagina, ma lei che ha scritto il programma sa individuarla, tra parentesi si individuano una serie di aspetti che possono essere definiti di interesse comune. Bene, ad esempio non ho trovato il tema della viabilità, lei se la è scordata? Non è possibile, non lo so, non credo, è comunque emblematico di una disattenzione, laddove il tema della viabilità non può esprimere solo delle indicazioni relative al come arrivare da un punto all'altro, ma ad una ricaduta ad esempio sull'economia.

Non trovo nulla in materia di economia comune e di rafforzamento della regione in termini tali che consenta alla nostra regione, che dovrà porsi il problema di non essere più assistita, la nostra autonomia non potrà essere più assistita da risorse derivate, il Presidente Durnwalder ha parlato di federalismo fiscale e quindi bisogna anche pensare eventualmente ad una autonomia di riscossione e poi comunque anche di gestione delle risorse.

Mi sembra che dedicare un piccolo paragrafo e tra parentesi sia davvero poca cosa rispetto alle necessità che indicavo prima.

A fronte di questo tipo di carenze, che non mi sembra riescano a tranquillizzarci e soprattutto che non mi sembra evidenzino un progetto chiaro e condivisibile, trovo ancora, me lo consenta, qualche cosa che è contraddittorio rispetto alla logica dei deleteri scambi, qualche cosa che assomiglia molto alle notizie che leggiamo sul giornale, naturalmente non vere; ad esempio si è parlato

del fatto che lo SVP, che ha ceduto la Presidenza della regione, andrebbero mediocredito e autobrennero, non è vero certamente, ma la sensazione è in po' questa e non è gradevole, ma non credo e non vorrei, perché non faccio politica da tanto tempo, essere particolarmente malizioso.

Certo è che i passaggi di queste dichiarazioni programmatiche non sono né tranquillizzanti, né secondo me importanti per capire qual è il nostro futuro ed in fin dei conti ritorniamo sempre ai soliti vizi di origine, laddove per esempio, dopo aver detto che le deleghe verranno date entro il 1999 comunque, che la nostra regione è messa male, che non si devono più fare deleteri scambi, riusciamo a convincerci che sono necessari sei assessori, che il numero degli assessori deve rimanere lo stesso, perché sono un nucleo congruo di membri non tanto in rapporto ai compiti operativi che ci sono, non ci saranno, ma che non servono, ma forse proprio sono adeguati a quella logica che lei, in quell'inciso, che era sentito probabilmente, voleva combattere, ma poi qualcuno con ispirazione divina ha portato la mano a scrivere cose... non è un'ispirazione divina? Allora voglio dire che a dei pensieri contraddittori le preferisco qualche passaggio che ho letto prima e che condivido, soltanto che le conseguenze non mi sembrano coerenti alle impostazioni iniziali.

Dio ci salvi infine, Presidente, dai gruppi di lavoro qualificati con la presenza di qualificati funzionari, non solo dipendenti dalla regione, quindi anche comandati in forme inedite dalle due province, con il compito di coordinare le politiche, mi sembra tanto di pensare a quei carrozzoni che ci accompagneranno per tutta la legislatura con qualificati funzionari, scelti immagino a caso e con esperti consulenti esterni, scelti immagino a caso e comunque con il consiglio di tutti, che potranno dare ai politici per togliere la responsabilità di una scelta che deve essere anche loro, quella di un quadro da trasferire poi a Roma, dove probabilmente di questi progetti non ne faranno nulla e forse per fortuna.

Allora dico che non ho trovato e speravo di trovare quella tensione morale e politica, che nel tema forse fondamentale che ci accompagnerò in questa legislatura, avrebbe dovuto guidare una ipotesi di quadro e di cornice, sulla quale siamo disposti a confrontarci, perché è in questo evidentemente che si gioca il futuro anche della nostra comunità, della comunità regionale, della comunità altoatesina che non vuole difese di ufficio, non vuole difese di questo tipo, che si aspetta soltanto la consapevolezza da parte dei colleghi trentini che è necessario creare delle condizioni di stabilità e di sicurezza, nonché di tranquillità anche per la comunità italiana dell'Alto Adige.

Su questo aspetto dico anche che c'è un passaggio nel quale lei si dimostra ancora più realista del re, a pag. 23, laddove ancora, oltre a dire che è corretto, giusto e necessario - convengo con lei - la conoscenza delle lingue italiana e tedesca presso l'intero personale regionale e nel futuro, perché no, visto che ci stiamo affacciando all'Europa, anche l'inglese dovranno sapere, però in riferimento alla proporzionale e ad un maggior rigore nell'istituto della proporzionale, quando noi in Alto Adige cerchiamo di far passare, quanto meno

sotto il principio etico del valore dei meriti, ma perché no della fine di questo istituto e se non è possibile quanto meno una flessibilità di questo strumento, lei introduce nelle dichiarazioni programmatiche anche questo argomento, quasi che abbia voluto, con questo, chiudere il quadro di quella deleteria logica di scambio che dicevo prima.

Il collega Seppi gli auguri non glieli ha fatti, io gliene faccio tanti, perché a fronte di questo quadro, non certo rassicurante che lei ha voluto proporci, di questo quadro non certo forte, lei di auguri ne ha bisogno, ma ne abbiamo bisogno anche noi quanto meno nella stessa quantità.

**Vizepräsident Messner übernimmt den Vorsitz**  
**Assume la Presidenza il Vicepresidente Messner**

**PRÄSIDENT:** Sind weitere Wortmeldungen? Sie haben das Wort, Abgeordneter Taverna.

**TAVERNA:** Onde consentire la possibilità di realizzare un intervento nell'ambito dei 30 minuti, anziché iniziare adesso e concludere domani, le chiedo di poter sospendere i lavori a questo punto.

**PRÄSIDENT:** Ist in Ordnung. Ich glaube aufgrund der Zeit ist es sinnvoll, daß wir für heute abschließen und morgen um 10.00 Uhr wieder weiterfahren. Die Sitzung ist geschlossen und morgen um 10.00 Uhr sehen uns wieder hier.

(ore 17.42)

## INDICE

**Dimissioni** del Presidente del Consiglio regionale e provvedimenti conseguenti

pag. 1

**Dimissioni** del Vicepresidente del Consiglio regionale e provvedimenti conseguenti

pag. 5

**Elezione** del Presidente della Giunta regionale

pag. 7

## INHALTSANGABE

**Rücktritt** des Präsidenten des Regionalrates und nachfolgende Maßnahmen

Seite 1

**Rücktritt** des Vizepräsidenten des Regionalrates und nachfolgende Maßnahmen

Seite 5

**Wahl** des Präsidenten des Regionalausschusses

Seite 7

**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI  
VERZEICHNIS DER REDNER**

<b>BENEDETTI Marco</b> (TRENTINO DOMANI)	pag.	3
<b>ATZ Roland</b> (SÜDTIROLER VOLKSPARTEI - S.V.P.)	"	6
<b>BOSO Erminio Enzo</b> (LEGA NORD TRENTINO PER L'INDIPENDENZA DELLA PADANIA)	"	7
<b>URZI' Alessandro</b> (ALLEANZA NAZIONALE)	"	12
<b>HOLZMANN Giorgio</b> (ALLEANZA NAZIONALE)	"	16
<b>KLOTZ Eva</b> (UNION FÜR SÜDTIROL)	"	23
<b>MORANDINI Pino</b> (IL CENTRO)	"	26
<b>SEPPI Donato</b> (GRUPPO MISTO)	"	35
<b>ZENDRON Alessandra</b> (VERDI - GRÜNE - VĚRC)	"	41
<b>WILLEIT Carlo</b> (LADINS - AUTONOMIA INTEGRALE F.A.R.)	"	48
<b>CONCI-VICINI Paola</b> (IL CENTRO)	"	51
<b>MIGLIUCCI Beniamino</b> (FORZA ITALIA - LISTA CIVICA - CCD)	"	58
<b>TAVERNA Claudio</b>		

(ALLEANZA NAZIONALE)

"

62

cp/PPG